

# STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

24. JAHRGANG

MÄRZ 1971



## INHALT

Seite

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1970	49
Bauhauptgewerbe 1970	53
Nutzviehhaltung 1970	60
Wohnverhältnisse der über 65jährigen 1968	65
Versorgungsempfänger im öffentlichen Dienst 1968	67
Mitwirkungsbereitschaft der privaten Haushalte bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969	70
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	17*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	23*



HERAUSGEBER  
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

In Kürze erscheint das

## Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland-Pfalz 1970

Umfang 366 Seiten, Oktavformat, Preis: Karton DM 10,—, Leinen DM 12,—



Das Taschenbuch enthält vor allem die statistischen Ergebnisse der Haushaltsrechnungen 1968, des Personal- und Schuldenstandes, der kommunalen Steuereinnahmen und Hebesätze 1969 sowie der Schlüsselzuweisungen und Realsteuerkraft 1970. Daneben sind ausgewählte Resultate der Steuerstatistiken und Vergleichszahlen der Bundesländer zu finden.

Das Werk bringt in detaillierter Gliederung die gesamten Finanzen des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die wichtigsten Resultate der Gemeindefinanzstatistik und die Berechnungsgrundlagen der Schlüsselzuweisungen sind  
für alle Gemeinden

einzeln nachgewiesen. Dadurch sind instruktive Vergleiche unter den Gebietskörperschaften möglich. Das handliche Nachschlagewerk ist auf die Bedürfnisse aller Verwaltungszweige zugeschnitten.

### Zeichenerklärungen

- |  |                        |
|--|------------------------|
| - = nichts vorhanden   | $\phi$ = Durchschnitt  |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe  |
| · = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich   | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an   | s = geschätzte Angabe  |
| ( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist   |                        |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) \*20 91, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet.

# *Für den eiligen Leser*

## **Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1970** Seite 49

Die Verdienste der Arbeitnehmer haben sich 1970 weiterhin beträchtlich erhöht. Arbeiter in der Industrie verdienten im Oktober 1970 knapp 15% mehr als vor einem Jahr. Die Wochenverdienste im Handwerk verbesserten sich im ersten Halbjahr um 6%, im zweiten um annähernd 9%. Im ähnlichen Umfang erhöhten sich auch die Löhne der Arbeiter in der Landwirtschaft. Die Wochenarbeitszeit der Arbeiter hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Der Rückgang der Mehrarbeitsstunden war unerheblich.

Die Monatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie stiegen um 12 bzw. 13%, wobei die weiblichen Angestellten besser abschnitten als die männlichen.

## **Bauhauptgewerbe 1970** Seite 53

Die Entwicklung im Bauhauptgewerbe war 1970 gekennzeichnet durch eine Abnahme der Beschäftigten um 1,5% bei einer Steigerung der geleisteten Arbeitsstunden um 1,7%. Im Bundesgebiet erhöhte sich der Beschäftigteneinsatz um 1,6%, während die Arbeitsstunden um 3,5% den Vorjahresstand überstiegen. Mit + 19,1% verlief die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme in Rheinland-Pfalz ebenfalls schwächer als im Bundesdurchschnitt (+ 25,3%). Beim Umsatz wurde für Rheinland-Pfalz eine Zuwachsrate von + 16,4% ermittelt. Die reale Zunahme der Bauleistungen, gemessen am Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe, belief sich auf 6,5%.

## **Nutzviehhaltung 1970** Seite 60

Die Zahl der Viehhaltungen zeigte auch 1970 wieder rückläufige Tendenz. Gleichzeitig nahm die durchschnittliche Haltungsgröße zu. Der Pferdebestand reduzierte sich um weitere 1 000 Tiere oder 5,3% auf 16 600. Der Rindviehbestand war mit 725 700 um rund 3,7% kleiner als 1969. Die Gründe sind hauptsächlich zu suchen in den starken Eingriffen in den Milchkuhbestand, der sich infolge der EWG-Abschlachtaktion um 7,2% auf 265 800 verminderte. Dagegen übertraf der Schweinebestand mit 827 000 die Vorjahrshöhe um 9,2%. Eine starke Einschränkung, und zwar um 7,3%, auf 4,012 Mill. Tiere verzeichnete der Legehennenbestand.

## **Wohnverhältnisse der über 65jährigen 1968** Seite 65

Am 25. Oktober 1968 gab es in Rheinland-Pfalz 257 562 Wohnparteien mit einem über 65 Jahre alten Haushaltungsvorstand. Davon waren 49,5% als Eigentümer und 45,9% als Mieter in Wohnungen untergebracht, die restlichen 4,6% in Wohngelegenheiten. 2,1% der Wohnparteien waren Untermieter. 72% der Eigentümer und 34% der Mieter bewohnten vier oder mehr Räume. Die Versorgung mit qualitativ am besten ausgestatteten Wohnungen (Bad, WC und Sammelheizung) war bei den Mietern etwa gleich hoch wie bei den Eigentümern (15 bzw. 16%).

## **Versorgungsempfänger 1968** Seite 67

Im Rahmen der Personalstrukturerhebung 1968 wurden auch die Versorgungsempfänger bei Land, Gemeinden (Gv.) und Sozialversicherungsträgern ermittelt, über die, abgesehen von einigen Daten aus der Volkszählung 1950, bisher jegliche Strukturdaten fehlten.

Von den insgesamt 24 132 Versorgungsempfängern bezogen fast zwei Drittel ihre Versorgungsleistungen vom Land, 31,7% gehörten dem gemeindlichen Sektor und 2,6% den Sozialversicherungsträgern an. Ruhegehaltsempfänger waren mehr als die Hälfte aller Versorgungsberechtigten, während die Bezieher von Witwen- bzw. Witwergeld 44,8%, die Gruppe der Waisen nur 3,0% ausmachten. Insgesamt kamen auf 100 Beamte und Richter rund 54 Versorgungsempfänger.

### **Mitwirkungsbereitschaft bei der EVS 1969** Seite 70

Mehr als zwei Drittel aller Beamten-, Angestellten- und Selbständigenhaushalte begründeten ihre Teilnahme an der Erhebung mit der Einsicht in die volkswirtschaftliche Notwendigkeit solcher Erhebungen. Von den Arbeiter- und Landwirtehaushalten äußerten sich knapp 50% dahingehend, von den Nichterwerbstätigen 63%. Für die Letztgenannten war in stärkerem Maße auch der finanzielle Anreiz für die Mitwirkung ausschlaggebend, denn nahezu ein Viertel gab die zu erwartende Prämie als Grund an, 10% wurden durch die Gewinnchance zum Mitmachen bewogen. Auch die Arbeiter waren hier mit 20 bzw. 8% relativ stark vertreten. Die Möglichkeit, ihre eigene Haushaltsführung überprüfen zu können war für 55% der Arbeiter und jeweils 47% der Beamten und Angestellten ausschlaggebend.

## *Kurz und aktuell*

### **Ausländer 1970**

Nach den Feststellungen der Ausländerbehörden wohnten am 30. September 1970 insgesamt 101 100 Ausländer in unserem Lande, 19 000 mehr als ein Jahr zuvor. Ein Viertel von ihnen waren Frauen, etwas weniger als 18% Kinder unter 16 Jahren. Die meisten stammten, wie bereits in den Vorjahren, aus Italien (21 600 Personen), der Türkei (14 163), Jugoslawien (13 805), Spanien (7 694) und Griechenland (7 382). Die Zahl der französischen Staatsangehörigen war mit 5 652 ebenfalls recht hoch.

### **Weinerzeugung 1970**

Im Herbst 1970 wurden in Rheinland-Pfalz nach den vorläufigen Ermittlungen der Weinerzeugungsstatistik aus Most 6,64 Mill. hl Wein produziert. Übrig blieben zum Jahresende noch reichlich 402 000 hl Weiß- und Rotmost, die noch zur Weinherstellung vorgesehen waren. Dieses Ergebnis der bisher größten Weinmosternte, das noch um weitere 150 000 bis 200 000 hl ansteigen wird, liegt um die Hälfte über der Produktion des Vorjahres. Von der gesamten Erzeugungsmenge entfielen allein 70% auf Betriebe mit dem Erzeugungsschwerpunkt „Weinbau“ sowie gut 15% auf die Winzer-genossenschaften.

### **Zahlungsschwierigkeiten 1970**

Im Jahre 1970 meldeten die rheinland-pfälzischen Amtsgerichte 199 Konkurse, von denen 100 mangels Masse abgelehnt wurden, und 27 Vergleichsverfahren. Damit stieg die Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr um 47 Fälle oder gut ein Viertel. Zuletzt waren 1957 mehr Zahlungsschwierigkeiten (255) registriert worden. Etwa zwei Drittel (151) der Verfahren wurden gegen Erwerbsunternehmen eröffnet; von ihnen bestanden 64 (42%) erst seit höchstens fünf Jahren. Die Gesamthöhe der 1970 geltend gemachten Forderungen betrug 44 Mill. DM, das sind 3,1 Mill. DM oder 6,7% weniger als im Vorjahr.

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## RHEINLAND-PFALZ

24. Jahrgang

Heft 3

März 1971

### Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1970

Die Darstellung der Entwicklung von Verdiensten und Arbeitszeiten in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen stützt sich auf Ergebnisse der laufenden Erhebungen über die Löhne, Gehälter und Arbeitsstunden der amtlichen Statistik. Solche Erhebungen werden regelmäßig repräsentativ, und zwar vierteljährlich für Industrie und Handel, halbjährlich für das Handwerk und einmal im Jahre für die Landwirtschaft durchgeführt. Der Berichterstattekreis wird, um vergleichbare Ergebnisse über einen längeren Zeitraum hinweg zu erhalten, möglichst mehrere Jahre unverändert beibehalten. Aber auch ein gelegentlich erforderlicher Wechsel der Berichtsbetriebe wird so gestaltet, daß hieraus kein Bruch in der Kontinuität der Werte entstehen kann.

Die alle Vierteljahre in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober stattfindende Verdiensterhebung in Industrie und Handel erfaßte im Oktober 1970 noch 1 274 Betriebe, 21 weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dieser Rückgang beruht vorwiegend auf Betriebsaufgaben. Die Zahl der erfaßten Beschäftigten war jedoch in den verbleibenden Betrieben wesentlich größer als im Jahr zuvor. So stieg die Zahl der Arbeiter um 12% auf fast 165 000 und die der Angestellten um fast 4% auf 64 000. Im Handwerk war dagegen, wie schon seit Jahren, nicht nur ein Rückgang der Betriebe auf 930, sondern auch ein solcher der Beschäftigten auf 4 322 festzustellen. So gingen gegenüber dem Vorjahr die Beschäftigten im Jahre 1967 um 1,3%, 1968 um 3,8%, 1969 um 4% und 1970 um weitere 3,7% zurück.

In der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft gibt es nicht genügend größere landwirtschaftliche Betriebe mit Stundenlöhnern außer Hausgemeinschaft, deren Verdienste mit denen in Industrie und Handwerk vergleichbar wären, so daß bei der Darstellung der Verdienstentwicklung dieses Wirtschaftszweiges auf Durchschnittswerte für das gesamte Bundesgebiet zurückgegriffen werden muß. Es ist nicht anzunehmen, daß die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verdienste hierzulande wesentlich anders verlaufen sein sollte als im übrigen Bundesgebiet.

#### 1. Verdienste

##### Allgemeine Entwicklung

Die im Vorjahre bereits stark angestiegenen Verdienste der Arbeitnehmer haben sich 1970 weiterhin beträchtlich erhöht. So verbesserten sich die Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter zwischen Oktober 1969 und 1970 im Durchschnitt um fast 15%. Dabei lag die Erhöhung für männliche Arbeiter über diesem Satz, die für Frauen darunter (nicht ganz + 13%). Ein saisonbedingter Rückgang, wie er bisher meist zwischen Oktober und Januar

des nachfolgenden Jahres gegeben war, trat im Berichtsjahr nicht ein, denn die Wochenverdienste stiegen von Oktober 1969 bis Januar 1970 in der Industrie zwar etwas geringer als in den folgenden Quartalen, aber immer noch um nahezu 2% für Arbeiter und um über 2% für Arbeiterinnen. Die Steigerung der Wochenverdienste im Handwerk zwischen November 1969 und Mai 1970 stellte sich auf + 6%. Die Zunahme für das erste Halbjahr 1970 entsprach damit annähernd derjenigen der Industriearbeiter. Im zweiten Halbjahr von Mai bis November stiegen sie sogar noch stärker um fast 9% an. Die Wochenverdienste der Arbeiter im Handwerk und in der Landwirtschaft stehen in ihrer Höhe immer noch hinter denen der Industrie zurück, erhöhten sich aber meist im gleichen Umfang, teilweise sogar etwas stärker als diese, ohne sie jedoch bisher in ihrer absoluten Höhe einholen zu können.

Die Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie haben ungefähr die gleiche Steigerung erfahren, ebenso wie die der Angestellten im Handel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe. Die Erhöhung der Monatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie belief sich auf über 12%, im Handel auf 11%. Die technischen Angestellten in der Industrie erreichten dagegen mehr als + 13%, dabei stiegen die Verdienste der weiblichen Angestellten, ausgenommen im Handel, etwas stärker an (+ 14%) als die der männlichen.

Für die Angestellten im öffentlichen Dienst ergab sich in der gleichen Zeit schätzungsweise eine Zunahme in der Größenordnung bis 14%. Die Entwicklung dieser Monatsverdienste kann jedoch nur unter gewissen Vorbehalten mit denen in der Industrie und im Handel verglichen werden. Die nach Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst festgelegten prozentualen Steigerungen gelten meist für alle Gehaltsgruppen, weshalb es bisher für die Feststellung der Entwicklung ausreichend war, die Veränderungen nur einer vorher festgelegten Gehaltsgruppe festzustellen. Dies ist jedoch nicht immer und nur bedingt möglich. 1970 wurde nämlich durch Tarifverhandlungen zunächst eine lineare Erhöhung der Gehälter um 8% erreicht. Darüber hinaus sind durch Verschiebungen von Eingangsstufen, Altersgruppen und andere strukturelle Veränderungen weitere Verbesserungen eingetreten, welche nicht allen Gruppen und auch den

Betroffenen nicht gleichmäßig zugute kamen. Deshalb kann ein genauer Mittelwert für die Erhöhung der Monatsverdienste im öffentlichen Dienst nicht errechnet werden. Die Zunahme dürfte zwischen 8 und 14% liegen und somit von der für die freie Wirtschaft ermittelten nicht sehr verschieden sein.

Der nicht unbeträchtlichen Erhöhung der Verdienste muß jedoch, um ihren realen Wert beurteilen zu können, die Preisentwicklung der Güter des täglichen Bedarfs gegenübergestellt werden. Von Oktober 1969 bis Oktober 1970 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts im Bundesgebiet um annähernd 4%. Wenn auch die allgemeine Erhöhung der Verbraucherpreise etwas stärker war als im Vorjahre, so ist doch eine erhebliche, das Vorjahr noch übertreffende reale Zunahme der Verdienste verblieben.

### Arbeiterlöhne

Der Bruttostundenlohn des Industriearbeiters stellte sich im Oktober 1970 im Schnitt auf 6,56 DM. Das sind etwa 16% mehr als im Oktober des Vorjahres. Der Stundenlohn der Arbeiterin erhöhte sich um etwa 15% auf 4,36 DM. Erhebliche Unterschiede bestanden hinsichtlich der Steigerungen zwischen den einzelnen Leistungsgruppen bei den männlichen Arbeitern nicht. Sie waren nur bei den als Hilfsarbeiter ausgewiesenen Beschäftigten um 1,6 Prozentpunkte höher als bei den Angelernten. Bei den weiblichen Arbeitern dagegen waren die Spannen wesentlich größer. Sie gingen von + 10,5% bei der obersten Leistungsgruppe bis etwas über + 15% bei der mittleren. Trotz gestiegener Wochenlöhne blieb in der Verdienstentwicklung der Industriearbeiter ein Saisoneinfluß unverkennbar. Zwischen Oktober 1969 und Januar 1970 lag sowohl bei den männlichen als auch den weiblichen Arbeitern eine Erhöhung der Bruttostundenlöhne von über 4%, für die Wochenlöhne jedoch nur ein solcher von knapp 2 bzw. 2,5%. Der Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden, insbesondere in den Außenberufen, dürfte dafür die überwiegende Ursache sein. Der verhältnismäßig starke und auch für die Verdienstsituation ausschlaggebende An-

stieg der Bruttowochenlöhne kam erst von April 1970 ab zum Tragen. Während dieser Zeit haben auch die Stundenlöhne wieder kräftig angezogen.

Die aus der Lohnerhebung für das Handwerk ermittelten Durchschnitte der Verdienste und Arbeitszeiten gelten nur für männliche Beschäftigte, weil in fast allen Handwerkszweigen die Frauenbeschäftigung äußerst selten ist. Eine Ausnahme macht nur das Schneiderhandwerk, das schon seit geraumer Zeit hinsichtlich der Beschäftigung von Arbeitskräften stark rückläufig ist. 1970 hat sich die Verdienstsituation im Handwerk ähnlich gestaltet wie in der Industrie. Die Bruttostunden- und Bruttowochenlöhne haben sich in gleichem Maße verbessern können. So erhöhten sich die Bruttostundenlöhne im Handwerk ebenfalls um über 16%, der Bruttowochenlohn erreichte im November 1970 einen Durchschnittsbetrag von 267 DM und überschritt damit den für den gleichen Monat des Vorjahres ermittelten um 35 DM. Innerhalb der Leistungsgruppen waren in den Lohnsteigerungen nur wenige Unterschiede gegeben, die nicht besonders ins Gewicht fallen. Für einen Vollgesellen wurde im November 1970 ein Durchschnittsstundenlohn von 6,12 DM, für einen Junggesellen von 4,77 DM und für einen sonstigen Arbeiter ein solcher von 5,18 DM gezahlt. Als Wochenlohn erhielt der Vollgeselle 278 DM, der Junggeselle 211 DM und ein sonstiger Arbeiter 238 DM. Die größte auch prozentual höchste Zunahme der Wochenlöhne erreichten mit mehr als + 22% die sonstigen Arbeiter.

Die Bruttoverdienste der Stundenlöhner außer Hausgemeinschaft in der Landwirtschaft sind bisher ebenfalls in ähnlichem Umfang wie in Industrie und Handel gestiegen. So stiegen die Bruttostundenlöhne der genannten Stundenlöhner in der Landwirtschaft von September 1969 bis September 1970 um rund 13%, die Wochenlöhne um 11%. Der Facharbeiter verdiente im September 1970 im Durchschnitt 4,68 DM in der Stunde, der Landarbeiter 4,33 DM und der angelernte Arbeiter 3,87 DM. Der Wochenverdienst aller männlichen Arbeiter belief sich im Schnitt auf 226 DM, und der Monats-

Jährliche Veränderungen der Löhne und Gehälter 1958 - 1970

Jahr	Bruttowochenverdienste der Arbeiter					Bruttomonatsverdienste der Angestellten										
	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)			Hand- werk	Land- wirt- schaft 1)	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe			Öffent- licher Dienst 2)	
	ins- gesamt	Männer	Frauen			Männer	kaufmänn. Angestellte		technische Angestellte		kaufmänn. Angestellte					
							ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer		Frauen
	%															
1958	6,5	5,8	3,3	7,9	11,3	7,4	7,6	6,9	8,4	8,2	6,2	8,8	8,5	6,8	4,3	
1959	9,1	8,3	14,5	6,3	1,1	7,3	7,7	7,3	7,0	7,1	6,3	1,9	1,2	5,3	-	
1960	12,0	12,7	14,1	10,8	14,4	9,4	10,9	8,2	9,5	9,4	9,1	12,0	11,3	10,1	7,0	
1961	8,3	8,3	11,1	11,5	7,8	10,3	10,9	10,3	11,5	11,6	11,2	12,4	12,4	13,2	9,4	
1962	9,9	8,3	8,9	11,9	14,4	8,4	8,1	9,3	7,8	7,7	9,2	8,2	7,9	8,1	4,8	
1963	9,7	10,3	8,2	9,9	6,3	8,0	7,0	9,3	6,9	6,8	7,7	9,8	8,8	10,5	5,1	
1964	10,1	10,5	9,4	9,0	8,1	8,1	7,5	8,6	7,0	7,4	5,6	10,0	7,5	10,7	3,1	
1965	9,8	10,0	9,5	9,5	17,1	8,9	8,8	8,4	8,5	8,5	9,9	9,8	9,4	6,8	5,6	
1966	2,1	1,9	3,1	5,4	3,5	5,1	5,2	5,3	4,9	4,8	4,4	8,4	8,1	8,4	.	
1967	-	- 0,5	0,8	-	-	3,9	4,3	3,0	2,4	2,5	2,2	3,8	3,4	3,5	-	
1968	7,7	7,5	7,6	6,2	2,3	5,7	6,2	4,8	5,8	5,9	4,7	5,4	5,5	5,6	3,6	
1969	13,8	14,0	10,6	12,1	12,7	10,4	10,4	11,5	12,0	12,2	11,5	8,7	8,7	8,4	6,8	
1970	14,6	15,4	12,7	15,1	10,8	12,5	12,0	13,5	13,3	13,4	14,1	11,0	12,3	10,7	14,2	

1) Bundesgebiet. - 2) Verg.-Gr. VIb BAT (40 Jahre, ledig, Ortsklasse A).

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in Industrie und Handwerk  
nach Leistungsgruppen und Geschlecht 1969 und 1970

Leistungs- gruppe	Bruttostundenlohn			Bruttowochenlohn			Geleistete Wochenarbeitszeit				Bezahlte Wochen- arbeitszeit	
							insgesamt		Mehrarbeitszeit			
	1969	1970	Verän- derung	1969	1970	Verän- derung	1969	1970	1969	1970	1969	1970
	DM		%	DM		%	Stunden					
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)												
Insgesamt												
1	5,94	6,90	16,2	272	314	15,4	43,8	42,0	4,7	4,7	45,8	45,5
2	5,15	5,93	15,1	231	263	13,9	42,9	40,3	3,9	3,6	44,9	44,4
3	4,20	4,85	15,5	185	211	14,1	42,3	39,8	3,4	3,0	43,9	43,4
Insgesamt	5,29	6,13	15,9	239	274	14,6	43,2	40,9	4,1	3,9	45,1	44,7
Männer												
1	6,00	6,98	16,3	276	320	15,9	44,0	42,1	4,9	4,9	46,0	45,8
2	5,52	6,36	15,2	255	291	14,1	43,8	41,3	4,8	4,6	46,1	45,7
3	4,69	5,48	16,8	216	250	15,7	44,4	42,3	5,1	4,6	46,0	45,7
Zusammen	5,64	6,56	16,3	260	300	15,4	44,0	41,9	4,9	4,7	46,1	45,8
Frauen												
1	4,65	5,14	10,5	190	205	7,9	40,2	38,3	0,8	0,8	40,7	39,9
2	3,90	4,49	15,1	161	181	12,4	40,1	37,4	1,1	0,8	41,3	40,4
3	3,55	4,08	14,9	147	167	13,6	39,8	37,1	1,3	1,2	41,4	41,0
Zusammen	3,80	4,36	14,7	157	177	12,7	40,0	37,3	1,2	1,0	41,3	40,7
Handwerk												
Männer												
Vollgesellen	5,35	6,12	14,4	246	278	13,0	43,0	42,6	3,8	4,1	45,9	45,4
Junggesellen	3,92	4,77	21,7	175	211	20,6	41,7	41,3	2,7	3,1	44,6	44,2
Übrige Arbeiter	4,18	5,18	23,9	195	238	22,1	43,8	42,7	4,9	5,3	46,8	46,1
Insgesamt	5,07	5,89	16,2	232	267	15,1	42,9	42,4	3,7	4,0	45,8	45,3

verdienst dieser Beschäftigten lag bei 978 DM. Das entspricht einer Steigerung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 11 bzw. 12%.

#### Angestelltengehälter

Die prozentuale Verbesserung der Angestelltenverdienste in der Industrie war 1970, wie meist in Zeiten der Hochkonjunktur, etwas geringer als die der Arbeiter. Die Erhöhung der Gehälter der technischen Angestellten lag dabei etwas über derjenigen der kaufmännischen. Ebenso wie im Vorjahre schnitten die weiblichen Angestellten besser ab als die männlichen. Die Erhöhung der Monatsverdienste von männlichen Angestellten belief sich auf 12% bzw. auf etwas über 13% für das technische Personal. Die Frauen erreichten dagegen eine Steigerung von 13,5 bzw. über 14%. Wenn auch die Verdiensterhöhungen unter denen der Arbeiter lagen, übertrafen sie doch die bereits als recht beträchtlich anzusehenden des Vorjahres. Als durchschnittlicher Monatsverdienst eines kaufmännischen Angestellten wurde für Oktober 1970 ein Betrag von 1 568 DM ermittelt, für eine weibliche Angestellte von 1 000 DM. Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, daß die weiblichen Angestellten gegenüber den männlichen hinsichtlich der Bezahlung so sehr im Nachteil wären. Der Unterschied ist nämlich wesentlich geringer, wenn man die Verdienste in den einzelnen Leistungsgruppen vergleicht. Dabei ist noch zu bedenken, daß die als Angestellte beschäftigten Frauen eine wesentlich andere Beschäftigungs- und Altersstruktur aufwei-

sen als die Männer, und daß in konjunkturell lebhaften Zeiten in den unteren Gruppen verhältnismäßig viele Frauen zur Aushilfe und auch nur vorübergehend beschäftigt werden. Die für die Frauen ermittelten Durchschnittswerte werden dadurch stark nach unten beeinflusst. So liegt das Durchschnittsgehalt der weiblichen kaufmännischen Angestellten um etwa 34% unter dem der Männer, in der Leistungsgruppe 2 jedoch nur um 10%. In der untersten Gruppe, der Gruppe V, ist der Unterschied mit etwa 25% am größten. Ähnlich sind die Verhältnisse auch bei den technischen Angestellten, deren Durchschnittsverdienste jedoch nicht unbeträchtlich über denen der kaufmännischen lagen. Für den männlichen technischen Angestellten errechnet sich für den Oktober 1970 im Schnitt ein Monatsverdienst von rund 1 740 DM, für die weibliche Angestellte von 1 158 DM. Diese Werte lagen um 11% bzw. annähernd 16% über den für die kaufmännischen Angestellten festgestellten Mittelwerten.

Ebenso wie im Jahre 1969 hat sich die Verdienstsituation für die Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe etwas ungünstiger gestaltet als in der Industrie. Die Zunahme der Monatsverdienste kam in diesem Bereich nämlich nur an + 11% heran, wobei die männlichen Angestellten immerhin noch eine Verbesserung von etwas mehr als 12% erreichten, die weiblichen dagegen unter + 11% blieben. Somit hat sich die zwischen den Verdiensten der kaufmännischen Angestellten in der Industrie und dem

Durchschnittliche Brutton Monatsverdienste der Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Leistungsgruppen und Geschlecht 1969 und 1970

Leistungs- gruppe	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe		
	kaufmännische Angestellte			technische Angestellte			kaufmännische Angestellte		
	1969	1970	Verän- derung	1969	1970	Verän- derung	1969	1970	Verän- derung
	DM		%	DM		%	DM		%
Insgesamt									
II	1 821	2 030	11,5	1 962	2 190	11,6	1 489	1 644	10,4
III	1 260	1 407	11,7	1 442	1 620	12,3	1 034	1 163	12,5
IV	819	924	12,8	1 089	1 238	13,7	656	726	10,7
V	662	741	11,9	817	965	18,1	584	672	15,1
Insgesamt	1 151	1 295	12,5	1 488	1 686	13,3	854	948	11,0
Männer									
II	1 843	2 053	11,4	1 969	2 196	11,5	1 560	1 717	10,1
III	1 347	1 500	11,4	1 456	1 636	12,4	1 151	1 262	9,6
IV	960	1 085	13,0	1 152	1 313	14,0	809	924	14,2
V	769	935	21,6	893	1 108	24,1	721	923	28,0
Zusammen	1 400	1 568	12,0	1 534	1 739	13,4	1 121	1 259	12,3
Frauen									
II	1 623	1 832	12,9	1 672	1 906	14,0	1 214	1 317	8,5
III	1 106	1 247	12,7	1 220	1 379	13,0	856	1 001	16,9
IV	765	864	12,9	853	977	14,5	607	669	10,2
V	640	697	8,9	722	819	13,4	545	615	12,8
Zusammen	881	1 000	13,5	1 015	1 158	14,1	670	742	10,7

Handel bereits bestehende nicht unbeträchtliche Spanne weiter vergrößert. Im Durchschnitt hatte das Gehalt eines Angestellten im Handel 1969 noch über 74% des Angestellten in der Industrie ausgemacht, 1970 waren es etwa 73%. Der Monatsverdienst der Männer erreichte indessen etwa 80%, der der Frauen jedoch nur 74% der in der Industrie erzielten Gehälter. Wesentlich größer als in der Industrie war auch der Abstand zwischen den Verdiensten der Männer und Frauen im Handel. Das Durchschnittsgehalt der weiblichen Angestellten kam nicht einmal auf 59% des für die Männer ermittelten heran. Die Differenz war zwar in den einzelnen Leistungsgruppen verschieden, blieb jedoch in keinem Falle unter 20%. Für die unterste Leistungsgruppe, der das Gros der weiblichen Hilfskräfte zuzurechnen ist, ergab sich sogar ein Durchschnittsbetrag, der nur zwei Drittel des für die männlichen Angestellten errechneten Wertes ausmachte.

## 2. Arbeitszeiten

Durch die Verdienst- und Lohnerhebungen werden auch die Arbeitszeiten, die einen der Faktoren für die Berechnung der effektiven Wochenverdienste darstellen, ermittelt, und zwar die bezahlte und geleistete Arbeitszeit sowie die Mehrarbeitsstunden. Die bezahlte Wochenarbeitszeit schließt auch die nicht geleisteten Arbeitsstunden, Zeiten für Urlaub, gesetzliche Feiertage und sonstige Arbeitsausfälle ein. Aus diesem Grunde ist die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden immer wesentlich höher als die der geleisteten. Im Laufe der Jahre wurden durch Tarifverhandlungen auch beträchtliche Arbeitszeitverkürzungen vereinbart, die aber bisher nur bei der Entwicklung der Arbeitszeit für Frauen stärker sichtbar wurden.

Die geleistete Arbeitszeit der Frauen ging in den letzten Jahren erheblich zurück, während bei den

Männern, insbesondere infolge des steigenden Kräften mangels, die tariflich festgelegte Verkürzung meist durch steigende Mehrarbeitszeit teilweise ausgeglichen wurde. So hat die Zahl der Mehrarbeitsstunden 1966 und 1967, als der Kräften mangel etwas nachließ, deutlich abgenommen, stieg aber 1968 und 1969 wieder kräftig an. Im Jahre 1970 ging die Mehrarbeitszeit der männlichen und auch der weiblichen Beschäftigten geringfügig zurück. An geleisteten Stunden wurde im Oktober 1970 für den männlichen Arbeiter in der Industrie ein Durchschnittswert von rund 42 Stunden ausgewiesen. Das bedeutet eine Differenz von zwei Stunden gegenüber dem Oktober des Vorjahres und somit einen nicht unerheblichen Rückgang. Daraus darf jedoch nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß hier eine beachtliche tariflich festgelegte Arbeitszeitverkürzung wirksam geworden wäre oder gar durch rückläufige Konjunktur der Druck des Kräften mangels nachgelassen hätte. Die Ursache liegt vielmehr darin, daß die seit Juli 1970 geltende Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für diesen geringeren Durchschnittswert den Ausschlag gibt. Bisher wurden nämlich von der Erhebung Arbeiter, die länger als drei Tage krank waren, nicht erfaßt. Durch die neue Regelung der Lohnfortzahlung wird zwar der gezahlte Lohn solcher Arbeiter, aber keine geleistete Arbeitszeit ausgewiesen, wodurch die geleistete Arbeitszeit einer höheren Zahl an entlohnten Arbeitern gegenübersteht als bei der bisherigen Regelung. Der unbedeutende Rückgang der bezahlten Wochenarbeitszeit von nicht ganz einer halben Stunde und die annähernd gleichgebliebene Zahl der Mehrarbeitsstunden kann diese Feststellung nur unterstützen. Dem Rückgang der geleisteten Stunden der Frauen um annähernd drei Stunden mögen ebenfalls weitgehend die gleichen Ur-

sachen zugrunde gelegen haben, denn auch hier veränderten sich Mehrarbeitszeit und bezahlte Arbeitszeit nur unwesentlich. Die geleistete Wochenarbeitszeit der Frauen lag mit etwa 37 Stunden um 4,5 Stunden unter der der Männer, wobei sich der Abstand 1970 noch vergrößert hat.

Die Wochenarbeitszeit im Handwerk unterscheidet sich kaum von der in der Industrie. Da jedoch der Erhebungsmonat November 1970 einen gesetzlichen und daher zu bezahlenden Feiertag hatte, war die Zahl der geleisteten Stunden etwas kleiner. Die bezahlten Stunden sind dagegen annähernd gleichgeblieben. Die bezahlte Wochenarbeitszeit stellte sich auf 45,3 Stunden und die Mehrarbeitszeit betrug 4 Stunden.

Auch in der Landwirtschaft wird für die Stundenlöhner außer Hausgemeinschaft im September die Arbeitszeit ermittelt. Sie ist jedoch nur bedingt mit

derjenigen in Industrie und Handwerk vergleichbar, weil der September als Erhebungsmonat eine Arbeitsspitze darstellt, und der ermittelte Durchschnittswert daher nicht für das ganze Jahr gelten kann. Während die Arbeitszeit im Handwerk und in der Industrie nur wenig von den Jahreszeiten beeinflusst wird, ist die Landwirtschaft naturgemäß sehr saisonabhängig, so daß sich hier für den September eine überdurchschnittlich hohe bezahlte Arbeitszeit errechnet. Sie betrug 1970 für den männlichen Facharbeiter in der Landwirtschaft annähernd 232 Stunden, für den Landarbeiter 224 und den angelernten Arbeiter 221 Stunden. Kleinere Schwankungen, die sich von Jahr zu Jahr ergeben, sind meist witterungsbedingt. Dagegen übersteigen die Arbeitszeiten im jeweils letzten Erhebungsmonat des Jahres in Industrie und Handwerk im allgemeinen nicht die 200 Stunden.

Dr. Th. Walter

## Bauhauptgewerbe 1970

### 1. Allgemeine Entwicklung

Die Entwicklung im Bauhauptgewerbe war 1970 gekennzeichnet durch eine Abnahme der Beschäftigten (Monatsdurchschnitt — 1,5%) bei einer Steigerung der geleisteten Arbeitsstunden um 1,7%. Je Beschäftigten erhöhten sich die Arbeitsstunden infolgedessen um 3,3%, obwohl die tarifliche Arbeitszeit ab dem zweiten Quartal 1970 mit 40 Stunden um 2 Stunden kürzer als 1969 (— 4,8%) war. Wegen der günstigen Witterungsverhältnisse konnte im allgemeinen bis kurz vor Weihnachten voll auf den Baustellen gearbeitet werden und damit der zu Beginn des Jahres durch den lang anhaltenden Winter entstandene Rückstand aufgeholt werden. Noch Mitte 1970 betrugen die entsprechenden Veränderungsraten zum ersten Halbjahr des Vorjahres bei den Beschäftigten — 4,2% und bei den geleisteten Arbeitsstunden — 9,5%, die bis Ende November auf — 1,7 bzw. — 0,2% schrumpften. Die Dezemberzahlen beeinflussten das Jahresergebnis maßgeblich, und zwar vor allem bei den geleisteten Arbeitsstunden, die in diesem Monat um über ein Drittel (+ 35,6%) über dem Stand des Vorjahresmonats blieben. Hierbei war nicht nur die günstige Witterung 1970 sondern auch der frühe und kalte Winter 1969 ausschlaggebend.

Bei den Beschäftigten war die Abnahme nicht nur konjunkturbedingt, sondern hatte vor allem strukturelle Ursachen. Die Bauwirtschaft klagt seit Jahren über zunehmenden Mangel an qualifizierten Facharbeitern, die vornehmlich zur stationären Industrie abwandern, wo von 1969 auf 1970 nahezu 20 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden, und die nur in sehr begrenztem Umfang durch ausländische Arbeitskräfte vollwertig ersetzt werden können. Gerade die Beschäftigtengruppe Facharbeiter, einschließlich der Poliere und Meister, hatte 1970 mit — 2,1% neben den tätigen Inhabern und Mitinhabern (— 2,9%) die größte negative Veränderungsrate aufzuweisen. Die Lohn- und Gehaltssumme war um 19,1% höher als 1969, bei der Lohn-

summe betrug die Steigerung 19,3% gegenüber 17,6% bei den Gehältern. Je Beschäftigten stieg die Lohn- und Gehaltssumme um 20,9% auf 13 360 DM, je geleisteter Arbeitsstunde (7,73 DM) übertraf sie den Vorjahresstand um 17,1%. Im Zeitraum Januar bis April hatte die Lohn- und Gehaltssumme noch um 3,8% unter dem Vorjahresniveau gelegen, in den folgenden Monaten Mai (+ 14,3%) und Juni (+ 26,1%) erhöhte sie sich jedoch, insbesondere aufgrund der Tarifloohnerhöhung zum 1. Mai 1970, stark gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat.

Der Umsatz, die Summe aller 1970 abgerechneten Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer), überschritt mit einer Zuwachsrate von 16,4% erstmals die 3-Mrd.-DM-Grenze. Da sich insbesondere größere Bauvorhaben über längere Zeiträume erstrecken, fehlt der unmittelbare Bezug zur tatsächlichen Bauleistung, so daß ein Vergleich der Umsatzzahlen mit der Leistungsentwicklung im Bauhauptgewerbe nur bedingt möglich ist. Die reale Zunahme der Bauleistungen, gemessen an dem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe, belief sich auf + 6,5% und übertraf damit diejenige der geleisteten Arbeitsstunden (+ 1,7%) beträchtlich. Dieses Mehr wurde vorwiegend durch bessere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten, also durch Produktivitätssteigerungen, erreicht. Bereits im November wurde eine Erhöhung der Bauproduktion um 4,7% registriert, während in den Monaten davor noch mit einer Stagnation gerechnet werden mußte, denn im ersten Halbjahr 1970 betrug die Veränderung gegenüber dem ersten Halbjahr 1969 — 0,2%. Der Dezember brachte mit einem Produktionszuwachs von 34,7% gegenüber Dezember 1969 einen zusätzlichen Aufschwung. Damit konnte der im ersten Quartal infolge einer langandauernden Frostperiode entstandene Produktionsrückstand (— 11,3%) gegen Jahresende nicht nur aufgeholt sondern sogar überkompensiert werden. Die Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe sind im letzten Quartal als

Beschäftigung und Umsatz im Bauhauptgewerbe 1960 - 1970

Berichtsmerkmal	Insgesamt			Anteil			Veränderung		Veränderung zum Vorjahr		
	1960	1965	1970	1960	1965	1970	1960 - 1965	1965 - 1970	1968	1969	1970
	Anzahl / 1 000 Arbeitsstunden / 1 000 DM			%							
Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)											
Tätige Inhaber	4 655	5 211	5 014	5,9	5,3	5,6	12,0	- 3,8	3,4	- 2,9	- 2,9
Kaufmänn. und techn. Angestellte	3 988	6 258	7 144	5,0	6,3	8,0	57,0	14,2	4,6	6,3	3,5
Facharbeiter, Poliere und Meister	39 893	51 204	48 493	50,5	51,7	54,3	28,4	- 5,3	3,1	2,8	- 2,1
Helfer und Hilfsarbeiter	27 770	33 218	26 582	35,2	33,5	29,7	19,6	- 20,0	6,3	- 1,7	- 1,9
Gewerbliche Lehrlinge	2 708	3 142	2 165	3,4	3,2	2,4	16,0	- 31,1	- 12,0	- 14,1	4,9
Insgesamt	79 014	99 034	89 398	100,0	100,0	100,0	25,3	- 9,7	3,7	0,9	- 1,5
Geleistete Arbeitsstunden											
Privater Bau	94 114	93 104	85 361	64,2	55,4	55,3	- 1,1	- 8,3	- 2,0	- 5,4	2,2
Wohnungsbau	60 097	58 783	55 477	41,0	35,0	35,9	- 2,2	- 5,6	- 4,1	- 7,4	- 3,3
Landwirtschaftlicher Bau	4 802	4 987	1 972	3,3	3,0	1,3	3,9	- 60,5	- 4,5	- 20,0	- 29,5
Gewerblicher Bau	29 215	29 343	27 912	19,9	17,4	18,1	0,4	- 4,8	4,4	2,3	19,3
Öffentlicher und Verkehrsbau	52 484	74 825	69 098	35,8	44,6	44,7	42,6	- 7,7	3,4	5,5	1,2
Hochbau	13 914	21 490	15 736	9,5	12,8	10,2	54,4	- 26,8	- 10,1	6,0	- 3,8
Tiefbau	38 570	53 335	53 362	26,3	31,8	34,5	38,3	0,1	8,6	5,3	2,8
Straßenbau	19 595	24 323	26 163	13,4	14,5	16,9	24,1	7,6	11,2	6,2	3,2
Sonstiger Tiefbau	18 975	29 012	27 199	12,9	17,3	17,6	53,0	- 6,3	6,2	4,4	2,5
Insgesamt	146 598	167 929	154 459	100,0	100,0	100,0	14,6	- 8,0	0,2	- 0,8	1,7
Lohn- und Gehaltssumme											
Lohnsumme	400 818	829 926	1 076 107	92,8	91,5	90,1	107,1	29,7	8,1	8,8	19,3
Gehaltssumme	31 198	77 305	118 252	7,2	8,5	9,9	147,8	53,0	6,4	16,1	17,6
Insgesamt	432 016	907 231	1 194 359	100,0	100,0	100,0	110,0	31,7	7,9	9,5	19,1
Umsatz <sup>1)</sup>											
Privater Bau	780 002	1 310 239	1 551 821	57,6	50,1	50,5	68,0	18,4	.	39,1	16,3
Wohnungsbau	460 417	800 085	832 736	34,0	30,6	27,1	73,8	4,1	.	37,1	- 2,0
Landwirtschaftlicher Bau	37 582	60 192	52 196	2,8	2,3	1,7	60,2	- 13,3	.	36,7	5,8
Gewerblicher Bau	282 003	449 962	666 889	20,8	17,2	21,7	59,6	48,2	.	43,3	53,4
Öffentlicher und Verkehrsbau	574 639	1 303 933	1 519 959	42,4	49,9	49,5	126,9	16,6	.	53,5	16,4
Hochbau	126 081	318 758	308 370	9,3	12,2	10,0	152,8	- 3,3	.	46,1	28,2
Tiefbau	448 558	985 175	1 211 589	33,1	37,7	39,5	119,6	23,0	.	55,3	13,8
Straßenbau	263 447	481 952	641 178	19,4	18,4	20,9	82,9	33,0	.	66,0	14,3
Sonstiger Tiefbau	185 111	503 223	570 411	13,7	19,3	18,6	171,8	13,4	.	44,9	13,2
Insgesamt	1 354 641	2 614 172	3 071 780	100,0	100,0	100,0	93,0	17,5	.	45,9	16,4

1) Ab 1968 ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer.

Folge dieses Aufholens merklich zurückgegangen (—14,3% gegenüber Ende September 1970; —10,2% gegenüber Ende Dezember 1969), insbesondere deshalb, weil die öffentlichen Auftraggeber wegen der angespannten konjunkturellen Wirtschaftslage weniger Aufträge vergaben (öffentliche Bauten —8,0 bzw. —11,1%).

## 2. Betriebe

Die Betriebsstruktur des Bauhauptgewerbes ist weitgehend mit der Unternehmensstruktur identisch, da sie vorwiegend durch Einbetriebsunternehmen bestimmt wird. Es gibt nur etwa 40 rheinland-pfälzische Mehrbetriebsunternehmen mit rund 15% der Gesamtbeschäftigten; Unternehmen mit Sitz außerhalb des Landes unterhalten hier 50 Niederlassungen mit nur rund 3% der Beschäftigten. Von den 4 573 im Rahmen der Totalerhebung Juni 1970 erfaßten Betrieben verfügte ein Viertel (25,7%) über 5 bis 9 Beschäftigte und je rund ein Fünftel über 2 bis 4 (21,0%) bzw. 10 bis 19 Beschäftigte (19,6%). Mehr als 20 Beschäftigte waren nur in 27,0% der Betriebe tätig, die auch zur monatlichen Bauberichterstattung meldepflichtig sind. Auf diese Betriebs-

größtenklassen entfielen jedoch drei Viertel (74,6%) der 91 315 im Bauhauptgewerbe Ende Juni insgesamt arbeitenden Personen und 76,7% des Umsatzes 1969 bzw. 77,0% des Juni-Umsatzes 1970. Gegenüber Juni 1969 ergab sich per Saldo ein Rückgang von 98 Betrieben (—2,1%). Damit wurde der bisher niedrigste Stand von 1963 (4 560 Betriebe) fast erreicht. Die Zahl der Jahre mit abnehmender Tendenz war seit damals größer als diejenige mit steigender Tendenz, wobei sich die Veränderungen allerdings in kleinem Rahmen bewegten, was auf eine relativ große Beständigkeit in der Betriebszahl des Bauhauptgewerbes schließen läßt. Weiterhin kann jedoch auch gefolgert werden, daß die Höchstzahl an Baubetrieben, die im Juni 1964 bei 4 748 lag, künftig wohl nicht mehr erreichbar sein wird. Die rückläufige Entwicklung 1970 ist ausschließlich auf die kleineren Betriebsgrößtenklassen zurückzuführen, wo Veränderungsraten zwischen —0,2% (10 bis 19 Beschäftigte) und —8,4% (Ein-Mann-Betriebe) errechnet wurden. Es muß hierbei jedoch beachtet werden, daß der Rückgang in den kleineren Größtenklassen teilweise auch durch den Wechsel von Betrieben zu höheren Betriebsgrößtenklassen beeinflußt wurde.

Betriebsgrößenklasse	Betriebe			Beschäftigte				Umsatz <sup>1)</sup>				
	ins-gesamt	Anteil		ins-gesamt	je Betrieb	Anteil		ins-gesamt	je Betrieb	je Beschäftigten	Anteil	
		1970	1960			1970	1960				1969	1959
		Anzahl	%			Anzahl	%				1 000 DM	DM
1 Beschäftigter	306	6,7	7,6	306	1	0,3	0,4	313 857	129	28 219	11,4	10,1
2 - 4 Beschäftigte	959	21,0	22,8	2 957	3	3,2	3,4					
5 - 9 "	1 177	25,7	24,5	7 859	75	8,4	8,1					
10 - 19 "	898	19,6	20,7	12 114	14	13,5	13,9	325 915	363	26 904	11,9	11,2
20 - 49 "	813	17,8	15,0	22 612	28	24,7	22,9	627 212	772	27 738	22,8	22,0
50 - 99 "	263	5,8	6,0	17 865	68	19,7	20,6	537 206	2 043	30 070	19,6	22,0
100 - 199 "	124	2,7	2,5	16 485	133	18,0	16,6	525 224	4 236	31 861	19,1	18,8
200 und mehr "	33	0,7	0,9	11 117	337	12,2	14,1	419 863	12 723	37 768	15,2	16,0
<b>Insgesamt</b>	<b>4 573</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>91 315</b>	<b>20</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>2 749 277</b>	<b>601</b>	<b>30 108</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
1 - 19 Beschäftigte	3 340	73,0	75,6	23 236	7	25,4	25,8	639 772	192	27 534	23,3	21,3
20 und mehr "	1 233	27,0	24,4	68 079	55	74,6	74,2	2 109 505	1 711	30 986	76,7	78,7

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer.

In der Betriebsgrößen-Struktur des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes hat sich im Verlauf der 60er Jahre nicht viel geändert. 1960 belief sich der Anteil der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten an der Gesamtzahl bereits auf 24,4%. Auf diese Betriebe entfielen damals schon 74,2% der Beschäftigten, 78,7% des Vorjahres-Umsatzes und 79,1% des Juli-Umsatzes. Bemerkenswert ist nur, daß in der ersten Hälfte der 60er Jahre in fast allen Größenklassen Zunahmen zu verzeichnen waren, und zwar bei Betrieben mit 1 bis 19 Beschäftigten um durchschnittlich jährlich 2,0%, bei denen mit 20 und mehr Beschäftigten um 5,0%, während in der zweiten Hälfte für die meisten Größenklassen Abnahmen registriert wurden (1 bis 19 Beschäftigte — 0,6%; 20 und mehr Beschäftigte — 0,9%). Entsprechend verlief die Gesamtentwicklung. Die Betriebszahl insgesamt stieg bis 1965 jedes Jahr im Durchschnitt um 2,7%, danach nahm sie im Mittel jährlich um 0,7% ab.

Durch Zugrundelegen der Relation Umsatz je Beschäftigten, wobei der Jahresumsatz 1969 (ohne Umsatzsteuer) auf die Beschäftigten der jeweiligen Größenklasse Ende Juni 1970 bezogen wird, ergibt sich ein Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Betriebe. Danach führen die Betriebe der Größenklasse 200 und mehr Beschäftigte (37 768 DM), die weit über dem Durchschnitt von 30 108 DM liegen, vor der Größenklasse 100 bis 199 Beschäftigte mit 31 861 DM. Am unteren Ende der Skala rangiert die Betriebsgrößenklasse 10 bis 19 Beschäftigte mit 26 904 DM.

### 3. Beschäftigte

Ihre Höhepunkte während der 60er Jahre hatte die Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe von Rheinland-Pfalz in den Jahren 1963 (Monatsdurchschnitt 97 754), 1964 (100 204), 1965 (99 034) und 1966 (96 098). Bis auf diesen Stand war sie in einem stetigen Anstieg seit 1950 gekommen - unterbrochen

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz 1969 im Bauhauptgewerbe nach Gewerbezweigen im Juni 1970

Gewerbezweig	Betriebe			Beschäftigte				Umsatz <sup>1)</sup>				
	ins-gesamt	Anteil		ins-gesamt	je Betrieb	Anteil		ins-gesamt	je Betrieb	je Beschäftigten	Anteil	
		1970	1960			1970	1960				1969	1959
		Anzahl	%			Anzahl	%				1 000 DM	DM
Hoch- und Tiefbau	2 670	58,4	58,6	75 198	27	82,4	83,8	2 237 724	838	29 758	81,4	83,4
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	515	11,3	19,7	23 517	46	25,8	38,2	707 215	1 373	30 073	25,7	36,6
Hoch- und Ingenieurhochbau	1 543	33,7	29,9	29 068	19	31,9	26,3	699 324	453	24 058	25,5	20,4
Tief- und Ingenieurtiefbau (ohne Straßenbau)	328	7,2	3,0	8 158	25	8,9	5,5	258 895	789	31 735	9,4	6,4
Straßenbau	284	6,2	6,0	14 455	51	15,8	13,8	572 290	2 015	39 591	20,8	20,0
Spezialbau	167	3,7	1,6	3 956	24	4,3	2,1	158 396	948	40 039	5,8	3,3
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	21	0,5	0,2	1 167	56	1,3	0,4	38 933	1 854	33 362	1,4	0,6
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau)	108	2,4	1,2	2 140	20	2,3	1,6	94 813	878	44 305	3,5	2,5
Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung	10	0,2	.	439	44	0,5	.	16 930	1 693	38 565	0,6	.
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe	28	0,6	0,2	210	8	0,2	0,1	7 720	276	36 762	0,3	0,2
Stukkateur-, Gips- und Verputzergewerbe	540	11,8	9,9	5 156	10	5,6	6,9	117 330	217	22 756	4,2	4,7
Zimmerei und Dachdeckerei	1 196	26,1	29,9	7 005	6	7,7	7,2	235 827	197	33 666	8,6	8,6
Zimmerei und Ingenieurholzbau	581	12,7	15,7	3 230	6	3,5	4,0	104 988	181	32 504	3,8	4,4
Dachdeckerei	615	13,4	14,2	3 775	6	4,2	3,2	130 839	213	34 659	4,8	4,2
<b>Insgesamt</b>	<b>4 573</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>91 315</b>	<b>20</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>2 749 277</b>	<b>601</b>	<b>30 108</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer.

lediglich durch die Jahre 1954 und 1957/58. Die bisher höchste Zahl an Beschäftigten wurde im Juni 1964 mit 103 555 registriert. Das Beschäftigten-niveau erreichte 1970 im Monatsdurchschnitt 89 398 (Höchststand im September 92 946), war also weit geringer als vor sechs Jahren. Während in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts noch Zuwachsraten zu verzeichnen waren, die jährlich bei durchschnittlich 4,6% lagen, mußte seit 1965 jedes Jahr eine Abnahme von durchschnittlich 2,0% hin-genommen werden. In absehbarer Zeit wird aller Voraussicht nach also kein neuer Beschäftigten-höchststand erreicht werden können. Von diesem Trend sind alle Beschäftigtengruppen außer den kaufmännischen und technischen Angestellten betroffen. Zu dieser Entwicklung mag einmal bei-tragen, daß durch den ständigen technischen Fort-schritt auch im Bauhauptgewerbe (Einsatz neuer leistungsfähigerer Baugeräte, neue Fertigungs-methoden) langfristig Arbeitskräfte, insbesondere ungelernte Arbeiter, eingespart werden, zum an-de-ren dürften jedoch die Abwanderungen zur sta-tionären Industrie mit ihren oft bequemeren Arbeitsplätzen und höheren Verdienstmöglichkeiten von noch größerer Bedeutung sein.

Fast die Hälfte der 91 315 Ende Juni 1970 im Bauhauptgewerbe tätigen Personen waren Fach-arbeiter (47,9%), insbesondere Maurer (18,9%), 28,1% waren Helfer und Hilfsarbeiter, 7,7% Ange-stellte, 5,5% tätige Inhaber und Mitinhaber sowie 5,3% Poliere und Meister. Gegenüber Juni 1969 sank analog zur Gesamtentwicklung (— 1,7%) die Zahl der tätigen Inhaber um 3,5%, diejenige der Facharbeiter um 3,7% und der Helfer und Hilfs-arbeiter um 2,7%. Bemerkenswert ist der starke Zuwachs bei den gewerblichen Lehrlingen mit + 29,6%, die im Vorjahr noch um 16,7% abgenom-men hatten, die weitere Zunahme bei den unbe-zahlten mithelfenden Familienangehörigen (+ 5,0%) und Angestellten (+ 4,2%) sowie Polieren und Mei- stern (+ 7,3%). Während bis 1965 in allen Beschäf-tigtengruppen eine positive Entwicklung zu ver- zeichnen war, mußten in der zweiten Hälfte der

60er Jahre insbesondere die Facharbeiter (durch-schnittlich jährlich — 1,5%), Helfer und Hilfsarbei-ter (— 5,2%), gewerbliche Lehrlinge (— 8,6%), Hilfspolier und Fachvorarbeiter (— 0,7%) sowie tä-tige Inhaber (— 1,0%) negative Veränderungsraten hinnehmen, während sich die Zahl der Angestellten, Poliere und Meister weiterhin im Durchschnitt jedes Jahr um 2,2% erhöhte. In dieser Tendenz kommen nicht nur die bereits angeführten Gründe (Ab-wanderung und Substitution des Produktions-faktors Arbeit durch Kapital) zum Ausdruck, son- dern auch ein Wandel in der Beschäftigtenstruktur. Neue Baumethoden, die Verlagerung der Arbeiten von der Baustelle in die Werkshallen der Lieferan-ten, wobei an der Baustelle teilweise nur noch Montagearbeiten anfallen (Fertigteil- und Montage-bau), der zunehmende Einsatz von leistungsfähige-ren Geräten, anspruchsvollere Bauobjekte und da-mit verbundene schwierigere statische Berechnun-gen und Abrechnungen, verstärkte Bauaufsicht bedingen ein Mehr an qualifizierten Arbeitskräften.

Dieser Prozeß, dem auch der Trend zur Speziali-sierung innewohnt, ist unter den Arbeitern, ins-besondere bei den sogenannten Sonstigen Fach-arbeitern und Übrigen Baufacharbeitern zu beob-achten, deren Anteile an den Gesamtbeschäftigten von 5,3 bzw. 8,9% im Juli 1960 auf 10,8 bzw. 10,9% im Juni 1970 anstiegen. Diese beiden Gruppen gelernter Kräfte enthalten die ziemlich heterogene Schicht der Spezialisten. Sie umfassen Maschinen-arbeiter, Kranführer, Baggerführer, Schweißer, fer-ner auch Stukkateure, Gipser, Dachdecker, Fliesen-leger, Isolierer und ähnliche. Demgegenüber ging der Anteil der Maurer, des klassischen Bauberufs, von 22,4% im Jahre 1960 auf 18,9% im Jahre 1970 zurück. Eine relativ gleichmäßige Entwicklung zeig-ten dagegen die Zimmerer (1960: 5,2%, 1970: 5,6%) und Betonbauer (1960: 1,9%, 1970: 1,7%). Vom Zug zur qualifizierteren Arbeit wurden am stärksten die ungelernten Helfer und Hilfsarbeiter betroffen, deren Anteil von 35,5% auf 28,1% sank. Untrenn-bar verbunden mit dem größeren Bedarf an Fach-kräften ist auch der Bedarf an Führungspersonal.

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe nach der Stellung im Betrieb im Juni 1960 - 1970

Stellung im Betrieb	Insgesamt			Anteil			Veränderung		Veränderung zum Vorjahr		
	1960	1965	1970	1960	1965	1970	1960 - 1965	1965 - 1970	1968	1969	1970
	Anzahl						%				
Tätige Inhaber	4 703	5 292	5 033	5,6	5,1	5,5	12,5	- 4,9	2,4	- 1,2	- 3,5
Unbezahlte mithelfende Familienangehörige	.	478	485	.	0,5	0,5	.	1,5	8,0	0,9	5,0
Angestellte	4 018	6 269	7 005	4,8	6,1	7,7	56,0	11,7	4,7	5,7	4,2
kaufmännische	2 679	4 037	4 374	3,2	3,9	4,8	50,7	8,3	2,7	5,4	3,9
technische	1 339	2 232	2 631	1,6	2,2	2,9	66,7	17,9	8,1	6,2	4,7
Poliere, Schachtmeister, Meister	1 540	2 226	2 483	1,9	2,1	2,7	44,5	11,5	4,0	8,3	7,3
Hilfspolier, Hilfsmeister, Fachvorarbeiter	4 292	4 966	4 807	5,1	4,8	5,3	15,7	- 3,2	11,7	3,0	0,1
Facharbeiter	36 512	47 263	43 762	43,7	45,8	47,9	29,4	- 7,4	3,0	3,9	- 3,7
Maurer	18 698	20 263	17 281	22,4	19,6	18,9	8,4	- 14,7	- 1,4	- 0,6	- 6,2
Betonbauer	1 638	1 664	1 520	1,9	1,6	1,7	1,6	- 8,7	26,6	2,0	- 6,1
Zimmerer	4 362	6 050	5 082	5,2	5,9	5,6	38,7	- 16,0	9,7	2,1	- 3,3
Übrige Baufacharbeiter	7 410	10 171	9 980	8,9	9,9	10,9	37,3	- 1,9	5,3	3,8	0,1
Sonstige Facharbeiter	4 404	9 115	9 899	5,3	8,8	10,8	107,0	8,6	3,4	14,7	- 2,8
Helfer und Hilfsarbeiter	29 687	33 433	25 616	35,5	32,4	28,1	12,6	- 23,4	5,1	- 1,1	- 2,7
Gewerbliche Lehrlinge	2 821	3 337	2 124	3,4	3,2	2,3	18,3	- 36,4	- 15,5	- 16,7	29,6
Insgesamt	83 573	103 264	91 315	100,0	100,0	100,0	23,6	- 11,6	4,7	1,9	- 1,7

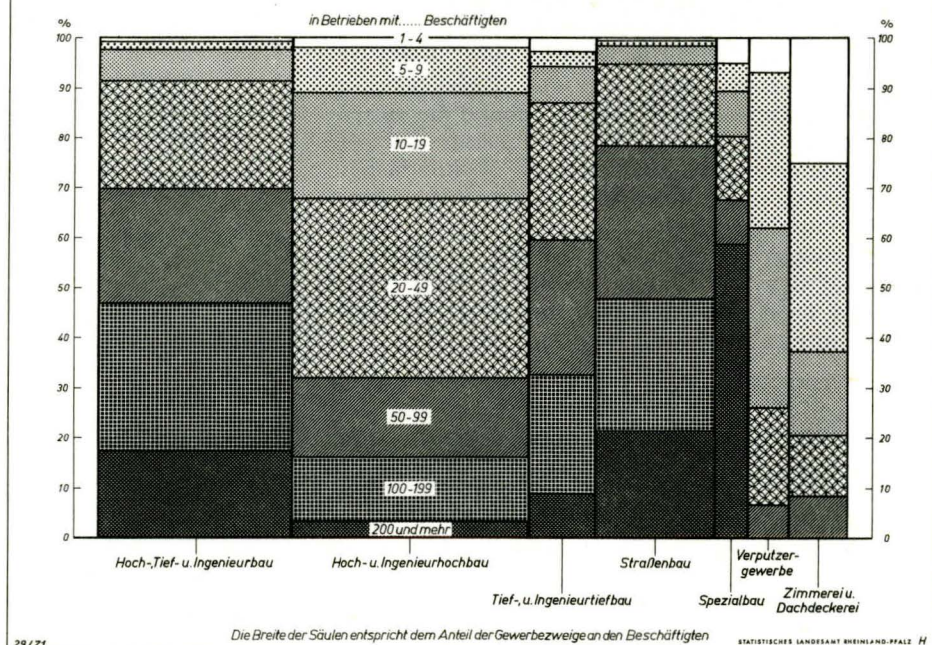
So erhöhte sich der Anteil der kaufmännischen und technischen Angestellten von 4,8 auf 7,7% und die Zahl der Poliere, Schachtmeister und Meister von 1,9 auf 2,7%. Bedenklich stimmt die rückläufige Quote der gewerblichen Lehrlinge, die den stetigen Bedarf an gelernten Fachkräften sichern sollen, obwohl sie im Juni 1970 eine sehr starke Zunahme (+ 29,6% gegenüber Juni 1969) verbuchen konnten. Der Anteil liegt mit 2,3% noch immer um rund ein Drittel unter dem Stand von 1960 (3,4%). Die Arbeitsbedingungen im Bauhauptgewerbe, vor allem die vielfach mühsame Außenarbeit auch bei ungünstiger Witterung unter nicht selten unzureichenden sanitären Verhältnissen, wirken wenig

attraktiv auf Berufsanfänger. Dieses Nachwuchsproblem ist besonders deshalb zu beachten, weil das Baugewerbe gerade jetzt vor großen Aufgaben steht (Straßenbau, Bau von Bildungseinrichtungen, Stadtansanierung, Umweltschutz). Die Anteile der tätigen Inhaber (1960: 5,6%, 1970: 5,5 %), der unbezahlten mithelfenden Familienangehörigen, die im Bauhauptgewerbe von untergeordneter Bedeutung sind (1970: 0,5%), sowie der Hilfspolier, Hilfsmeister und Fachvorarbeiter (1960: 5,1%, 1970: 5,3%) blieben seit Juli 1960 im wesentlichen konstant. So sehr sich die Beteiligungsquoten einiger Beschäftigungsgruppen auch verschoben haben, die überkommene Rangfolge blieb im wesentlichen erhalten, woraus sich ergibt, daß der dargestellte Umschichtungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist.

#### 4. Arbeitsstunden, Lohn- und Gehaltssumme

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg 1970 um 1,7% auf 154,5 Mill. Stunden. Trotz dieses Zuwachses blieb sie unter dem Höchststand von 176,7 Mill. Stunden im Jahre 1964 zurück. Die Entwicklung von geleisteten Arbeitsstunden und Beschäftigten verlief auch in den letzten zehn Jahren nicht immer synchron. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß die Beschäftigtenzahl auf den Stand Ende des Monats abgestellt ist, also die Verhältnisse von zwölf Stichtagen wiedergibt, während die geleisteten Arbeitsstunden eine Zeitraumgröße darstellen, in der die Einflußfaktoren Witterung, tarifliche Arbeitszeit u. ä. besser zum Ausdruck kommen. Als Beispiel kann die Entwicklung der letzten beiden Jahre herangezogen werden. 1969 sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (— 0,8%) bei einer leichten Steigerung der Beschäftigten (+ 0,9%), weil durch den frühen Winter die Bautätigkeit relativ früh zum Erliegen kam. 1970 war

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe  
nach Gewerbebezügen und Betriebsgrößenklassen im Juni 1970



es gerade umgekehrt, denn infolge der lang andauernden milden Witterung konnte länger auf Baustellen gearbeitet werden, so daß bei einem Rückgang der Beschäftigten um 1,5% die geleisteten Arbeitsstunden um 1,7% anstiegen. Aufgrund der saisonalen, sozialen und personellen Einflüsse sind die geleisteten Arbeitsstunden auch nur beschränkt zur Messung der Produktionsleistung zu verwenden. Eine geringere Stundenzahl muß noch nicht auf einen Abfall der Produktionsleistung hindeuten. In der Gliederung nach den einzelnen Bauarten besagen sie deshalb mehr über den Personaleinsatz aus und weniger über die bewertete Bauleistung, d. h. die Produktion in den einzelnen Sektoren und das Verhältnis der Leistungen in den einzelnen Sektoren untereinander. Trotz dieser Mängel stellt sie einen wichtigen Maßstab zur Beobachtung der Produktionsentwicklung im Bauhauptgewerbe dar, da der Umsatz seit Einführung der neuen Umsatzsteuer Anfang 1968 an Bedeutung für die Interpretation der Bauleistung eingebüßt hat.

Ausschlaggebend für die Gesamtentwicklung der geleisteten Arbeitsstunden im Jahre 1970 war die Zunahme im privaten Bau (+ 2,2%), die ausschließlich vom gewerblichen Bau (+ 19,3%) getragen wurde. Im öffentlichen und Verkehrsbau betrug die Zuwachsrate 1,2%, wobei nur der Tiefbau eine positive Entwicklung (+ 2,8%) aufwies. Im Wohnungsbau (— 3,3%), landwirtschaftlichen Bau (— 29,5%) und öffentlichen Hochbau (— 3,8%) waren Rückgänge zu verzeichnen. Langfristig lassen sich strukturelle Verschiebungen in der Bauleistung nach Bauarten feststellen. So nahm der Anteil des privaten Baus, der sich 1960 noch auf 64,2% stellte, auf 55,3% im Jahre 1970 ab, was vornehmlich auf den ständigen Rückgang der geleisteten Arbeits-

stunden im Wohnungsbau (1960: 41,0%, 1970: 35,9%) zurückzuführen ist. Demgegenüber weitete sich der Anteil des öffentlichen und Verkehrsbaus von 35,8% im Jahre 1960 auf 44,7% im Jahre 1970 aus, wobei insbesondere die Entwicklung im Tiefbau (1960: 26,3%, 1970: 34,5%), vor allem im Straßenbau, ausschlaggebend war. Diese strukturelle Entwicklung läßt sich auch anhand der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate für die Arbeitsstunden nachweisen, die im Wohnungsbau, entgegengesetzt zur positiven Gesamtentwicklung, in der ersten Hälfte der 60er Jahre leicht negativ waren, während sie für den öffentlichen Tiefbau, vor allem den Straßenbau, in der zweiten Hälfte ebenfalls entgegengesetzt zur negativen Gesamtentwicklung, positiv waren.

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der männlichen Arbeiter im Hoch- und Tiefbau stieg 1970 um 16,9% auf 6,09 DM (1969: 5,21 DM). Der entsprechende Bruttowochenverdienst erreichte damit eine neue Rekordhöhe von 282 DM (1969: 239 DM; 1965: 197 DM). Im Vergleich zu 1965 ergeben sich bei diesen Werten Zuwachsraten von 41,0 bzw. 43,1%. Die Zahl der durchschnittlich geleisteten Wochenstunden war 1970 mit 44,8 etwas höher (+ 2,8%) als 1969 (43,6 Stunden) und erreichte damit den seit 1964 höchsten Stand. Analog erhöhten sich die durchschnittlich je Woche bezahlten Arbeitsstunden für die männlichen Arbeiter um 1,3% auf 46,1 Stunden und übertrafen damit den Stand von 1964 (45,5 Stunden). Dieses positive Ergebnis ist vorwiegend auf die günstige Witterung im letzten Quartal 1970 zurückzuführen. Die männlichen kaufmännischen Angestellten verdienten im Jahresdurchschnitt 1970 monatlich 1 515 DM, das sind 15,9% mehr als 1969. Hier ist seit Jahren infolge der tariflichen Gehaltsverbesserungen eine ständige Aufwärtsentwicklung zu registrieren (+ 53,3% gegenüber 1965). Das gleiche gilt für die männlichen technischen Angestellten, deren durchschnittliche Monatsgehälter mit 1 809 DM (+ 13,6 bzw. + 40,3%) diejenigen ihrer kaufmännischen Kollegen um 294 DM übertrafen. Die weiblichen kaufmännischen Angestellten erreichten mit + 10,7% für 1970 eine Gehaltssteigerung, die unter derjenigen anderer Lohn- und Gehaltsempfänger lag. Ihr durchschnittlicher Monatsverdienst blieb auch mit 858 DM um 657 DM unter demjenigen ihrer männlichen Kollegen. Im Vergleich zu 1965 erhöhte er sich um 40,0%.

### 5. Maschinenbestand

Die Bestandszahlen der wichtigsten eigenen Baugeräte, die jeweils im Juni eingesetzt oder verfügbar waren, geben Auskunft über die Entwicklung des Mechanisierungsgrades in der Bauwirtschaft, obwohl keine Gesamtgröße über den Kapitaleinsatz daraus ermittelt werden kann. Einmal werden nur Geräte nachgewiesen, die Eigentum der meldenden Betriebe sind, nicht dagegen die gemieteten Geräte, zum anderen kommt durch eine Bestandsermittlung nicht zum Ausdruck, inwieweit bereits vorhandene Maschinen durch moderne, leistungsfähigere ersetzt werden. Dabei kann der zahlenmäßige Bestand gleichbleiben, sich sogar verringern, obwohl eine

Bestand an wichtigen Geräten im Bauhauptgewerbe  
im Juni 1969 und 1970

Geräteart	1969	1970	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	%
Betonmischer	11 878	11 598	- 2,4
unter 250 l	9 627	9 462	- 1,7
250 l und mehr } Trommel-	2 251	2 136	- 5,1
inhalt			
Fahrmischer (Transportbetonmischer, Agitatoren)	228	264	15,8
Verputzmaschinen	951	1 024	7,7
Turmdrehkrane	2 468	2 564	3,9
unter 16 mt	1 410	1 436	1,8
16 mt und mehr	1 058	1 128	6,6
Bauaufzüge	3 377	3 282	- 2,8
Förderbänder	1 530	1 522	- 0,5
Stahlrohr- und Stahlprofilgerüste <sup>1)</sup>	4 070	4 353	7,0
Kompressoren	2 747	2 855	3,9
Bagger	2 455	2 662	8,4
unter 0,5 cbm	1 519	1 623	6,8
0,5 cbm und mehr } Löffel-	936	1 039	11,0
inhalt			
Lastkraftwagen	6 430	6 832	6,3
unter 5 t	3 467	3 610	4,1
5 t und mehr } Nutzlast	2 963	3 222	8,7
Autokrane und Mobilkrane	67	72	7,5
Zugmaschinen, Traktoren	305	318	4,3
Planiermaschinen	1 408	1 420	0,9
Schürfwagen	38	60	57,9
Erdbobel (Grader)	239	262	9,6
Lader	1 166	1 256	7,7
Schütter (Vorderkipper, Dumper)	655	679	3,7
Straßenbaumaschinen			
für Betonstraßen			
Fertiger und Verteiler	117	134	14,5
für Schwarzdecken			
Fertiger	324	346	6,8
Mischanlagen	86	83	- 3,5
Bitumen-, Teer-, Gußasphaltkocher	359	361	0,6
Straßenwalzen (Glattwalzen)	1 586	1 648	3,9
unter 8 t	932	994	6,7
8 t und mehr } Konstruktions-	654	654	0
gewicht			
Verdichtungsmaschinen für Böden und Beton	1 766	1 882	6,6
Gummiradwalzen	59	77	30,5
Bodenstabilisierungsmaschinen	13	12	- 7,7
Rammgeräte (Gestell und Bär; ohne Handrammen)	592	536	- 9,5

1) Gewicht in t.

größere Maschinenkapazität zur Verfügung steht. Weiterhin erschwert der Zug zum vielseitig verwendbaren Baugerät, der eine größere Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit für die Betriebe bringt, die eindeutige Zuordnung zu einzelnen Gerätearten. In diesem Fall gilt als Richtlinie der überwiegende Einsatz. Der technische Fortschritt kann nur insofern Berücksichtigung finden, als vollkommen neue Baugeräte in den Katalog aufgenommen werden.

Der Bestandsvergleich der wichtigsten Baugeräte und Maschinen gegenüber Juni 1969 läßt insgesamt einen Trend zur wachsenden Mechanisierung und Rationalisierung und damit zur kapitalintensiveren Fertigung im Bauhauptgewerbe erkennen. Die meisten Gerätearten haben Zunahmen zu verzeichnen, Transportbetonmischer + 15,8%, Bagger mit einem Löffelinhalt von 0,5 cbm und mehr + 11,0%, Schürfwagen + 57,9%, Fertiger und Verteiler für Betonstraßen + 14,5% und Gummiradwalzen + 30,5%. Die weiterhin rückläufige Entwicklung bei den Betonmischern um 2,4% (1969: - 0,3%) ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß sie insbesondere bei kleineren Baustellen zunehmend durch Fahrmischer ersetzt werden. Die weitere Abnahme der Bauaufzüge um 2,8% (1969: - 2,7%) beruht auf dem zunehmenden Einsatz von Turmdrehkranen (+ 3,9%). Rückläufig war 1970 auch der

Bestand an Mischanlagen für Schwarzdecken im Straßenbau (— 3,5%; 1969: — 10,4%), an Bodenstabilisierungsmaschinen (— 7,7%; 1969: — 18,7%) und an Rammgeräten (— 9,5%; 1969: 5,9%). Zu beachten ist bei dieser Gegenüberstellung, daß die prozentualen Veränderungsdaten oft deshalb so groß sind, weil die Basiszahlen sehr klein sind.

## 6. Umsatz und Auftragsbestand

Ein Vergleich des Umsatzes mit früheren Jahren ist im Bauhauptgewerbe ab 1968 nur mit Vorbehalt möglich, da mit der Einführung des Mehrwertsteuersystems ab 1. Januar 1968 in diesem Bereich eine Wandlung des Umsatzbegriffes eintrat. Ab Januar 1968 sind statt der vereinnahmten Beträge (Geldeingänge), wie sie vor diesem Zeitpunkt als Umsatz in aller Regel zugrunde gelegt wurden, die vereinbarten Beträge, das heißt die in Rechnung gestellten (abgerechneten) Leistungen als Umsatz zu deklarieren. Infolge dieses Übergangs von der Erfassung der Geldeingänge zu den sich aus den Abschlußrechnungen ergebenden Umsätzen ist der verhältnismäßig enge Zusammenhang zwischen Umsatz und Bauleistung, der vor 1968 infolge Erfassung der kurzfristigen Zahlungen bestand, nicht mehr gewahrt. Der abgerechnete Umsatz folgt mit einer zeitlichen Verzögerung der effektiven Bauleistung, die in der Regel von der Größe des Bauvorhabens abhängt. Im Jahre 1970 stieg der Umsatz (ohne Umsatzsteuer), insbesondere infolge der ungewöhnlich starken Erhöhung der Baupreise um 16,4% auf erstmals über 3 Mrd. DM. Im privaten Bau sowie im öffentlichen und Verkehrsbau waren die Zuwachsraten mit + 16,3 bzw. + 16,4% gleich groß. Am stärksten war das Wachstum im gewerblichen Bau mit + 53,4% gegenüber 1969. Langfristig läßt sich auch beim Umsatz, trotz der Vergleichseinschränkungen, die bereits bei den Arbeitsstunden festgestellte Verschiebung unter den Bauarten feststellen. Der Anteil des privaten Baus sank infolge des Rückgangs des Wohnungsbaus (34,0 bzw. 27,1%), von 57,6% im Jahre 1960 auf 50,5% im Jahre 1970. Demgegenüber erhöhte sich durch die überdurchschnittliche Entwicklung im Tiefbau (33,1 bzw. 39,5%) die Beteiligung des öffentlichen und Verkehrsbaus von 42,4% im Jahre 1960 auf 49,5% im Jahre 1970, eine Feststellung, die bereits bei der Produktionsentwicklung gemacht wurde. Der Umsatz je Beschäftigten stieg im Vergleich zu 1969 um 18,1% auf 34 361 DM. 1960 war dieser Betrag noch um die Hälfte niedriger (17 144 DM). Je geleisteter Arbeitsstunde belief sich der Umsatz 1970 auf 19,89 DM, um 14,4% mehr als 1969; 1960 waren es erst 9,24 DM.

Der Auftragsbestand, der vierteljährlich im Bauhauptgewerbe für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt wird und sich nur auf in Rheinland-Pfalz gelegene Baumaßnahmen bezieht, belief sich Ende 1970 auf 1 224 Mill. DM und lag damit um 10,2% unter dem Stand des Vorjahresmonats. An den vorangegangenen Quartalsenden waren die entsprechenden Veränderungsdaten weit günstiger, und zwar beliefen sie sich im ersten Quartal auf + 30,8%, im zweiten auf + 17,7% und im dritten

Vierteljahr auf + 37,9%. Wird der Auftragsbestand Ende 1970 zum Umsatz der Baubetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten in Beziehung gesetzt, wobei der Monatsdurchschnitt 1970 in Höhe von 185,8 Mill. DM zugrunde liegt, um Schwankungen auszuschließen, kann eine Aussage über die weitere Beschäftigungslage gewonnen werden. Gemessen an dieser Relation ergibt sich, daß der Auftragsbestand Ende 1970 ausreicht, eine weitere Beschäftigung von durchschnittlich rund 6,6 Monaten zu gewährleisten. Im öffentlichen und Verkehrsbau sind es sogar 7,9 Monate, während für den privaten Bau nur 4,6 Monate errechnet wurden. Da sich die großen Baumaßnahmen mit einer relativ langen Abwicklungsdauer, wie sie im öffentlichen und Verkehrsbau dominieren - man denke an die umfangreichen Autobahnbauten -, bei den vierteljährlichen Auftragsbestandserhebungen wertmäßig stärker zu Buche schlagen, liegen die Schätzwerte über die Dauer der künftigen Beschäftigungslage hier über dem Durchschnitt. Dies wird auch daran deutlich, daß der Anteil des öffentlichen und Verkehrsbaus am Gesamtauftragsbestand Ende 1970 mit 71,6% denjenigen am Umsatz (49,5%) weit übersteigt. Im privaten Bau kann dagegen im allgemeinen mit wesentlich kürzeren Fertigstellungsterminen gerechnet werden, weshalb das wertmäßige Gewicht dieser Bauten am Auftragsbestand nicht so groß ist (28,4%).

## 7. Entwicklung im Bundesgebiet

Der seit Jahren beobachtete Rückgang in der Zahl der Baubetriebe im Bundesgebiet setzte sich auch 1970 fort. Mit — 1,4% (1969: — 0,3%; 1968: — 1,2%; 1967: — 0,8%) erreichte sie einen Stand von 64 344. Die relativ stärksten Abnahmen verzeichneten Berlin-West (— 3,2%), Hessen (— 2,9%) und Rheinland-Pfalz (— 2,1%). Im Gegensatz zur rückläufigen Entwicklung der Betriebszahl stieg der Beschäftigteneinsatz im Monatsdurchschnitt um 1,6% auf 1,529 Mill. Außer Rheinland-Pfalz (— 1,5%) und Berlin-West (— 0,9%) wiesen alle Bundesländer Zuwachsraten aus, die zwischen + 0,5% für Schleswig-Holstein und + 5,0% für Hamburg lagen. Die meisten Betriebe (27,9%) und Beschäftigten (25,8%) des Bauhauptgewerbes liegen in Nordrhein-Westfalen. Auf den folgenden Plätzen rangieren, gemessen an der Betriebszahl, Baden-Württemberg (18,8%) und Bayern (16,3%), während bei den Beschäftigten die Reihenfolge umgekehrt ist. Bayern liegt mit 19,2% vor Baden-Württemberg mit 15,1%. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist in den Bundesländern recht unterschiedlich, insbesondere zwischen Stadt- und Flächenstaaten. Während sie in Berlin-West (49 Beschäftigte bzw. 1,8 Mill. DM Umsatz je Betrieb), Hamburg (37 bzw. 1,6 Mill. DM) und Bremen (36 bzw. 1,3 Mill. DM) stark den Bundesdurchschnitt von 24 Beschäftigten bzw. 858 000 DM Umsatz je Betrieb überschreitet, bleibt sie unter den Flächenstaaten nur in Bayern (28 bzw. 880 000 DM), Hessen (26 bzw. 986 000 DM) und Schleswig-Holstein (26 bzw. 870 000 DM) darüber. In Baden-Württemberg (19 bzw. 711 000 DM) und Rheinland-Pfalz (20 bzw. 672 000 DM) finden sich dagegen die kleinsten Betriebe.

Land	Betriebe am 30. 6.			Beschäftigte <sup>1)</sup>				Umsatz <sup>2)</sup>				
	ins- gesamt	Anteil	Verän- derung zu 1969	ins- gesamt	je Be- trieb	Anteil	Verän- derung zu 1969	ins- gesamt	je Be- trieb	je Be- schäf- tigten	Anteil	Verän- derung zu 1969
	Anzahl	%		Anzahl		%		1 000 DM	DM	DM		%
Schleswig-Holstein	2 436	3,8	- 1,6	62 481	26	4,1	0,5	2 120 702	870	33 942	3,8	22,2
Hamburg	1 269	2,0	- 0,4	46 651	37	3,0	5,0	2 084 456	1 642	44 682	3,8	39,2
Niedersachsen	7 625	11,9	- 1,5	179 828	24	11,8	0,8	6 012 149	788	33 433	10,9	27,2
Bremen	601	0,9	0,8	21 793	36	1,4	1,5	771 967	1 285	35 423	1,4	35,4
Nordrhein-Westfalen	17 921	27,9	- 1,2	393 712	22	25,8	0,7	15 371 905	858	39 046	27,9	27,3
Hessen	5 395	8,4	- 2,9	139 446	26	9,1	1,1	5 320 392	986	38 153	9,6	36,4
Rheinland-Pfalz	4 573	7,1	- 2,1	89 398	20	5,8	- 1,5	3 071 780	672	34 372	5,6	16,4
Baden-Württemberg	12 075	18,8	- 1,5	231 360	19	15,1	3,0	8 581 683	711	37 097	15,5	37,2
Bayern	10 519	16,3	- 0,4	293 037	28	19,2	3,7	9 255 767	880	31 586	16,8	25,4
Saarland	929 <sup>3)</sup>	1,4	-	22 430	24	1,5	- 0	852 962	918	38 028	1,5	43,8
Berlin (West)	1 001	1,5	- 3,2	48 758	49	3,2	- 0,9	1 785 451	1 783	36 619	3,2	29,2
Bundesgebiet	64 344	100,0	- 1,4	1 528 894	24	100,0	1,6	55 229 114	858	36 124	100,0	29,2

1) Monatsdurchschnitt. - 2) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer. - 3) Stand 30. 6. 1969.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg 1970 in allen Bundesländern (außer dem Saarland) an, am stärksten in Baden-Württemberg (+ 6,6%), Hamburg (+ 5,6%) und Bayern (+ 5,4%). Die Zuwachsraten der übrigen Länder, deren Spannweite von + 1,7% (Rheinland-Pfalz) bis + 2,9% (Bremen) reicht, blieben alle unter dem Bundesdurchschnitt von + 3,5%. Insgesamt belief sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Bund auf 2 526 Mill., wovon den größten Teil Nordrhein-Westfalen (671 Mill.), Bayern (472 Mill.) und Baden-Württemberg (404 Mill.) auf sich vereinten. Je Beschäftigten waren es 1 652 Arbeitsstunden. Bei dieser Relation liegt Rheinland-Pfalz (1 728 Stunden) zusammen mit Baden-Württemberg an der Spitze im Bundesgebiet. Die wenigsten Arbeitsstunden je Beschäftigten wurden für Berlin-West (1 496), Niedersachsen (1 576), Hessen (1 592) und Schleswig-Holstein (1 598) errechnet. Die Lohn- und Gehalts-summe erhöhte sich im Bundesgebiet um 25,3% auf 22,2 Mrd. DM, wobei die größten Zunahmen für Hamburg (+ 28,9%), Bayern (+ 28,5%) und Bremen (+ 28,4%) ermittelt wurden. Rheinland-Pfalz lag bei dieser Entwicklung mit + 19,1% am Ende

der Rangfolge. Mit einer Lohn- und Gehaltsquote von 13 360 DM je Beschäftigten nahm Rheinland-Pfalz ebenfalls die letzte Stelle unter den Bundesländern ein. Die Spitze hielten hierbei Hamburg (18 812 DM) und Berlin-West (16 987 DM). Über dem Bundesdurchschnitt von 14 496 DM lagen nur noch Bremen (15 950 DM) und Nordrhein-Westfalen (15 767 DM). Im Jahre 1970 erzielten die Baubetriebe des Bundesgebiets einen Umsatz (ohne Umsatzsteuer) von 55,2 Mrd. DM, das sind 29,2% mehr als 1969 was wesentlich von der stark aufwärts gerichteten Erhöhung der Baupreise bestimmt wurde. Die stärksten relativen Zuwächse verzeichneten das Saarland (+ 43,8%) und Hamburg (+ 39,2%). Für Rheinland-Pfalz ergab sich mit + 16,4% die kleinste Zuwachsrate. Je Beschäftigten wurden 36 124 DM Erlöst. An der Spitze dieser Skala rangiert Hamburg mit 44 682 DM vor Nordrhein-Westfalen (39 046 DM), Hessen (38 153 DM) und dem Saarland (38 028 DM). Rheinland-Pfalz nimmt mit 34 372 DM den achten Platz ein, den kleinsten Betrag weist Bayern mit 31 586 DM Umsatz je Beschäftigten aus.

Diplom-Volkswirt N. Haueisen

## Nutzviehhaltung 1970

Die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Viehwirtschaft stand auch 1970 wieder im Zeichen des allgemeinen Strukturwandels in der Landwirtschaft. Sie folgte dabei der bisherigen Grundtendenz, die vor allem in zwei Erscheinungen sichtbar wird, nämlich einmal in der im Zusammenhang mit den zahlreichen Auflösungen landwirtschaftlicher Betriebe stehenden Rückläufigkeit der Zahl der Viehhalter und zum anderen in den wachsenden Haltungsgrößen, verbunden mit betrieblichen Schwerpunktbildungen, wie Spezialisierung auf Milcherzeugung, Rindermast, Schweinezucht, Schweinemast oder Eierzeugung. Ausmaß und Tempo dieses noch längst nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozesses lassen sich durch die Feststellung andeuten, daß trotz der im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte beträchtlich dezimierten Substanz an Betrieben bis Dezember 1970 innerhalb

Jahresfrist weitere 10 000 Viehhaltungen aus der tierischen Produktion ausschieden. Obwohl 1970 keine Sonderauszählung der Viehzählungsunterlagen hinsichtlich der Veränderungen der Betriebs- und Haltungsgrößenstruktur stattfand, und infolgedessen neuestes Zahlenmaterial nicht vorliegt, kann aufgrund des bisherigen Entwicklungsverlaufs dennoch davon ausgegangen werden, daß von diesem Rückgang in erster Linie wieder die kleineren Betriebe betroffen wurden.

### 1. Pferde

Die Entwicklung des Pferdebestandes blieb wie in vorangegangenen Jahren weiter rückläufig. Insgesamt gab es Anfang Dezember nur mehr rund 16 600 Pferde im Lande, somit knapp 1 000 oder 5,3% weniger als vor Jahresfrist. Verglichen mit früheren Jahren ist das die absolut und relativ mit

Abstand niedrigste Abnahmerate. Die merkliche Abschwächung läßt sich zum Teil daraus erklären, daß der Bestand an landwirtschaftlichen Arbeitspferden bereits auf ein Minimum geschrumpft ist. Zum Teil hat hierzu vermutlich auch die mit der zunehmenden Popularität des Reitsports einhergehende Ausweitung des Bestandes an Reitpferden beigetragen, deren Anteil an der Gesamtzahl sich weiter erhöht haben dürfte. Für diese Annahme spricht auch die erneute Verbesserung der Altersstruktur, denn die Altersklassen bis zu fünf Jahren waren, trotz reduzierter Gesamtzahl, stärker besetzt als im Vorjahre. Der Rückgang betraf ausschließlich die älteren Tiere. In der am stärksten besetzten Gruppe der Fünf- bis 14jährigen nahm der Bestand um 11,7% ab, stellte aber noch fast die Hälfte der Gesamtzahl. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in dieser Altersklasse acht Jahrgänge zusammengefaßt sind. Bei den über 14 Jahre alten Pferden betrug der Rückgang 14,2%.

Mit dem Pferdebestand reduzierte sich erneut die Zahl der Halter, und zwar von rund 12 000 im Vorjahr auf jetzt 10 700 (— 11,3%). Die relative Abnahme war damit größer als beim Bestand, was auf eine Fortdauer der seit drei Jahren zu beobachtenden Tendenz zu größeren Bestandseinheiten hinweist. Im Durchschnitt kamen Ende 1970 auf einen Halter nicht ganz 1,6 Pferde.

Die meisten Pferde, nahezu sechs Zehntel der Gesamtzahl, wurden 1970 im südlichen Teil des Landes gezählt, und zwar vor allem in den Landkreisen Mainz-Bingen, Alzey-Worms und Bad Dürkheim.

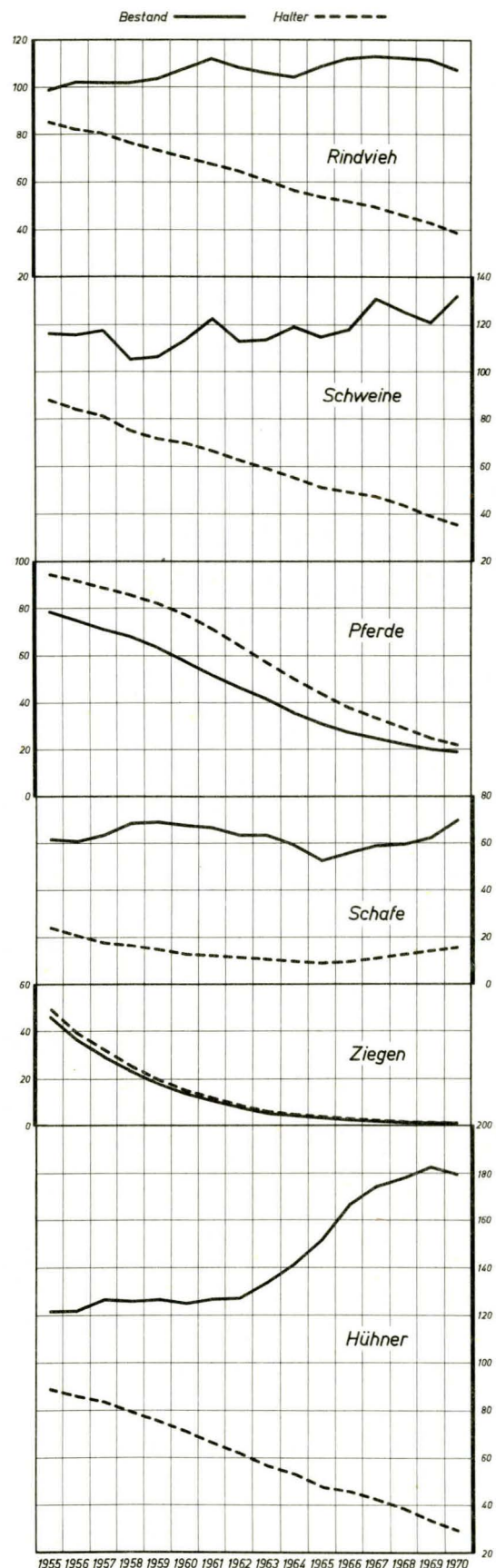
## 2. Rinder

Der Rindviehbestand nahm gegenüber dem Vorjahr um rund 28 000 oder 3,7% ab und zählte Ende Dezember 1970 insgesamt noch 725 700 Tiere. Er blieb damit bereits im dritten Jahr rückläufig und unterschritt den langjährigen Durchschnitt um 2,7%.

Ursache dieses außergewöhnlichen Rückganges waren die starken Eingriffe in den Bestand, die zum Teil schon im Frühjahr des Jahres aufgrund der Prämiengewährung für die Abschlachtung von Milchkühen und Nichtvermarktung von Milch im Rahmen der einschlägigen EWG-Bestimmungen, zum Teil aber auch noch in der zweiten Jahreshälfte vorgenommen wurden. Obwohl die späteren Bestandsreduzierungen nicht mehr prämienbegünstigt waren, ist dennoch zu vermuten, daß auch hierbei die vorangegangene Abschlachtaktion bis zu einem gewissen Grade den Anstoß gab, da diese Maßnahme die ohnehin schon vorhandene Neigung zu pessimistischer Beurteilung der Zukunftserwartungen für Milcherzeuger verstärkt haben dürfte. Innerhalb Jahresfrist verminderte sich die Zahl der Milchkühe um mehr als 20 000 auf 265 800 (— 7,2%). Damit verzeichnet das Jahr 1970 nicht nur die bisher absolut und relativ höchste Abnahmerate, sondern auch den bisher kleinsten Milchkuhbestand. Um einen Überblick über die Entwicklung der als Alternative zur Milchvermarktung seit längerem im Gespräch befindlichen sogenannten Ammen- und Mutterkuhhaltung zu gewinnen, wurde 1970 erstmals eine diesbezügliche Frage in den Zählungs-

## Viehhaltungen und -bestand 1955-1970

1950 = 100



Viehhalter und durchschnittlicher Viehbestand je Halter  
im Dezember 1969 und 1970

Tierart	1969	1970	Veränderung
	Anzahl		%
Viehhalter			
Pferde	12 040	10 679	- 11,3
Rindvieh	67 655	60 882	- 10,0
Schweine	82 842	76 745	- 7,4
Schafe	2 064	2 390	15,8
Ziegen	1 030	819	- 20,5
Hühner	108 549	97 020	- 11,6
Gänse	1 885	1 782	- 5,5
Enten	4 264	4 081	- 4,3
Truthühner	1 313	1 092	- 16,8
Bienenvölker	7 180	6 635	- 7,6
Durchschnittlicher Viehbestand je Halter			
Pferde	1,5	1,6	6,7
Rindvieh	11,1	11,9	7,2
Schweine	9,1	10,8	18,7
Schafe	23,9	23,1	- 3,3
Ziegen	1,7	1,7	0,0
Hühner	47,6	52,3	9,9
Gänse	4,6	4,8	4,3
Enten	6,6	7,1	7,6
Truthühner	6,6	6,0	- 9,1
Bienenvölker	7,7	8,3	7,8

katalog aufgenommen. Danach wurden Ende Dezember außer den Milchkühen rund 2 000 Ammen- und Mutterkühe gehalten, also Tiere, die nicht gemolken werden und deren Milch nur von Kälbern verbraucht wird.

Wie die Zahl der Kühe war auch der als Reservoir für die Ergänzung der Abgänge dienende Bestand an Färsen rückläufig. Von 31 500 im Dezember des Vorjahres verringerte sich ihre Zahl um 5,5% auf 29 800. Kleiner als 1969 waren ebenso die Bestände an noch nicht zwei Jahre alten Tieren. Die Zahl der Kälber unter drei Monaten lag mit 72 400 um 3,8% unter Vorjahreshöhe. An Jungvieh im Alter zwischen drei Monaten und einem Jahr standen mit 80 900 männlichen um 0,5% und mit 95 900 weiblichen Tieren um 2,8% weniger in den Ställen. Eine Ausnahme bildete lediglich die Gruppe des männlichen Jungviehes der Altersklasse von einem bis unter zwei Jahre, die mit 69 900 den Vorjahresstand übertraf (+ 1,8%), während es an weiblichen Tieren mit 90 900 um 1,3% weniger gab.

Regional betrachtet ist die Bestandsentwicklung gleich verlaufen, denn der Rückgang hat alle Gebiete betroffen. Lediglich das Ausmaß ist im einzelnen verschieden. Da die Veränderungen der Rinderbestände überwiegend durch die Veränderungen der Milchkuhbestände bestimmt sind, ist die gebietliche Entwicklung der letzteren von besonderem Interesse. In 18 der insgesamt 26 Landkreise läßt sich eine größere relative Abnahme als im Landesdurchschnitt (— 7,2%; ohne kreisfreie Städte) erkennen. Am ausgeprägtesten war der Rückgang in den Landkreisen des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz, die mit einem Durchschnitt von — 10,8% die mit Abstand prozentual stärksten Einbußen erlitten. Mit Abnahmen von mehr als 20% lagen hier die Kreise Mainz-Bingen (— 26,3%), Alzey-Worms (— 24%) und Ludwigshafen (— 21,5%) an der Spitze, wobei jedoch zu erwähnen ist, daß es sich hierbei um Gebiete mit zahlenmäßig vergleichsweise kleinen Milchviehbeständen handelt. Aber auch der

ziemlich stark besetzte Donnersbergkreis stand mit einem Minus von 9,6% zu Buche. Der nördliche Teil des Landes verzeichnete demgegenüber geringere Abnahmen. In den Kreisen des Regierungsbezirks Koblenz lag der Rückgang im Schnitt bei — 7,6%, im Bezirk Trier sogar nur bei — 4,1%, obwohl auch dort in acht Kreisen über dem Landesdurchschnitt liegende Abnahmeraten festzustellen waren, zu denen auch der mit rund 18 000 Kühen bestandsmäßig an dritter Stelle rangierende Rhein-Hunsrück-Kreis (— 8,1%) gehörte, ebenso wie der hiernach mit 15 500 folgende Kreis Bernkastel-Wittlich (— 7,7%). Von den beiden am stärksten besetzten Kreisen des Landes, Bitburg-Prüm mit 44 000 und Daun mit 20 000, verzeichnete nur der letztere einen merklichen Rückgang (— 5%), während sich in Bitburg-Prüm mit — 1,3% nur relativ wenig verändert hat. In absoluten Zahlen entsprechen die genannten Abnahmeraten einer Reduzierung um rund 7 400 Kühe im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, um 9 200 in Koblenz und um 4 000 in Trier.

Ebenso auffällig wie der Bestandsabbau war 1970 der damit verbundene Rückgang in der Zahl der kuhhaltenden Betriebe. Von den im Dezember des Vorjahres vorhandenen 60 700 blieben nicht mehr ganz 52 400 übrig. Das entspricht einer Abnahme um 8 300 oder 13,7%. Die Tatsache, daß die Zahl der Kuhhalter stärker zurückging als die Gesamtzahl der Rindviehhalter weist darauf hin, daß auch 1970 wieder ein Teil sich nur vom Milchvieh, nicht aber vom übrigen Rinderbestand getrennt und sich demnach auf die Mast verlegt hat. Bei anderen wurde mit der Abschaffung der Kühe der Betrieb ganz aufgelöst. Der bisherigen Entwicklung zufolge ist anzunehmen, daß es sich hierbei vorwiegend um solche mit kleineren Beständen handelte. Das kommt auch in dem neuerlichen Anstieg der durchschnittlichen Bestandsstärke zum Ausdruck. Während 1969 noch 4,8 Milchkühe auf einen Halter entfielen, waren es nunmehr 5,1. Gleichzeitig stieg der Durchschnittsbestand an Rindern auf 11,9 je Halter gegenüber 11,1 im Vorjahr.

### 3. Schweine

Mit rund 827 000 Tieren Anfang Dezember 1970 übertraf der Schweinebestand das entsprechende Vorjahresergebnis um 9,2% und erreichte damit eine für diese Jahreszeit neue Rekordhöhe. Beteiligt waren hieran vor allem die überdurchschnittlich hohen Bestände an Ferkeln unter acht Wochen und Jungschweine bis zu einem halben Jahr, die mit 214 000 bzw. 413 000 Stück um 13,8 bzw. 9,3% größer waren als im Jahre vorher und den langjährigen Durchschnitt weit überstiegen (+ 15,4 bzw. + 6,3%). An schlachtreifen Tieren wurden dagegen nicht ganz 122 000 gezählt. Das sind zwar 1,5% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres, doch lag damals schon der entsprechende Wert weit unter dem mehrjährigen Durchschnitt (140 000 Tiere). Im Hinblick auf die künftige Schlachtschweine-Produktion ist die erneut starke Ausdehnung des Zuchtsauenbestandes von besonderer Bedeutung. Mit rund 76 500 Tieren erreichte dieser eine zuvor noch nie beobachtete Höhe. Er überstieg den schon über-

## Viehbestände in den Verwaltungsbezirken im Dezember 1970

Verwaltungsbezirk	Pferde	Rindvieh		Schweine		Schafe	Hühner		Gänse	Enten	Bienen-völker
		ins-gesamt	Milch-kühe	ins-gesamt	Zucht-sauen		ins-gesamt	Lege-hennen			
Kreisfreie Stadt <sup>s</sup> Koblenz	123	1 482	578	1 673	238	14	37 917	32 569	48	25	197
Landkreise											
Ahrweiler	426	23 943	8 900	13 157	1 078	2 841	125 388	119 050	212	567	1 901
Altenkirchen (Ww.)	472	28 635	11 102	16 540	1 638	1 534	193 744	163 149	456	805	2 197
Bad Kreuznach	803	32 150	10 893	36 191	2 956	1 347	169 619	131 017	292	488	3 075
Bad Kreuznach, St.	108	436	155	1 634	241	5	6 686	6 579	13	35	271
Birkenfeld	220	28 478	9 458	27 525	2 080	1 876	83 526	73 908	181	733	2 482
Idar-Oberstein, St.	20	1 049	385	743	64	552	3 197	3 114	4	72	279
Cochem-Zell	194	18 816	6 503	27 163	1 959	1 564	69 110	50 663	70	220	1 191
Mayen-Koblenz	434	24 804	8 703	79 854	10 492	1 557	620 538	214 999	332	651	2 110
Andernach, St.	72	1 516	419	1 940	102	.	23 692	20 079	15	56	118
Neuwied	507	27 879	10 565	15 412	1 081	3 596	159 720	143 644	349	555	1 673
Neuwied, St.	74	1 538	634	1 921	89	1 699	35 436	29 910	63	70	322
Oberwesterwaldkreis	381	24 114	10 116	8 381	291	706	130 512	111 339	246	507	1 470
Rhein-Hunsrück-Kreis	401	57 977	18 473	55 600	3 466	1 439	209 701	178 677	196	607	2 756
Rhein-Lahn-Kreis	505	35 188	11 758	53 397	4 550	3 438	190 846	163 229	398	596	3 335
Lahnstein, St.	10	419	173	215	23	263	3 617	3 567	26	7	225
Unterwesterwaldkreis	380	11 939	4 365	5 405	400	4 362	62 449	56 590	232	409	1 379
Reg. Bez. Koblenz	4 846	315 405	111 414	340 298	30 229	24 274	2 053 070	1 438 834	3 012	6 163	23 766
Kreisfreie Stadt <sup>s</sup> Trier	97	2 107	760	3 234	215	37	17 875	15 380	29	34	622
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	396	42 712	15 527	50 811	3 116	3 575	135 849	107 172	252	684	3 377
Bitburg-Prüm	635	104 515	44 010	110 559	16 155	2 847	282 345	204 803	370	602	3 253
Daun	337	47 862	20 192	17 805	1 507	1 582	87 852	79 667	274	560	1 840
Trier-Saarburg	536	36 417	13 733	48 742	5 235	1 281	152 731	133 692	176	304	2 040
Reg. Bez. Trier	2 001	233 613	94 222	231 151	26 228	9 322	676 652	540 714	1 101	2 184	11 132
Kreisfreie Städte <sup>s</sup>											
Frankenthal (Pfalz)	30	775	233	1 999	67	.	17 029	16 558	18	96	16
Kaiserslautern	132	1 248	419	1 833	178	159	8 492	7 094	64	311	347
Landau i. d. Pfalz	21	690	224	1 450	83	433	5 247	4 858	23	140	141
Ludwigshafen a. Rhein	117	593	232	778	28	186	8 282	8 065	39	146	393
Mainz	208	1 232	295	4 039	196	-	22 107	16 113	73	96	637
Neustadt a. d. Weinstr.	190	1 422	479	2 281	149	1 022	46 289	45 391	99	618	370
Pirmasens	139	1 302	471	1 287	31	611	7 477	6 780	52	224	530
Speyer	21	445	152	549	19	650	23 609	4 330	22	358	337
Worms	136	1 941	733	5 449	476	.	59 707	47 288	120	715	378
Zweibrücken	176	1 216	391	2 023	170	299	11 891	11 529	61	357	363
Landkreise											
Alzey-Worms	1 317	8 209	3 152	34 245	3 172	88	851 787	847 001	349	1 325	631
Bad Dürkheim	1 074	4 470	1 387	14 320	890	1 324	79 084	63 212	359	1 470	1 022
Donnersbergkreis	532	26 270	9 190	35 690	3 610	2 218	247 399	154 588	405	1 288	1 853
Germersheim	544	12 553	4 302	18 822	1 360	567	110 612	98 536	237	2 929	1 181
Kaiserslautern	764	22 499	7 319	17 125	1 241	1 405	92 209	78 127	380	1 072	1 963
Kusel	531	32 974	10 722	24 333	1 687	4 150	161 645	104 751	246	1 021	2 636
Landau-Bad Bergzabern	746	13 349	4 846	20 384	1 479	1 305	209 550	200 031	283	2 229	1 539
Ludwigshafen	461	5 623	1 788	13 319	856	2 112	89 301	85 923	478	1 851	686
Mainz-Bingen	1 545	8 399	3 063	30 937	2 556	1 132	156 044	128 556	602	2 270	1 855
Bingen, St.	63	195	94	544	49	.	3 678	3 459	.	41	62
Pirmasens	605	13 187	4 603	8 345	533	2 980	68 396	55 316	215	863	2 011
Zweibrücken	506	18 319	6 118	16 738	1 295	916	70 096	48 293	257	1 059	1 378
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	9 795	176 716	60 119	255 946	20 076	21 602	2 346 253	2 032 340	4 382	20 438	20 267
Rheinland-Pfalz	16 642	725 734	265 755	827 395	76 533	55 198	5 075 975	4 011 888	8 495	28 785	55 165

Viehbestände nach Altersgruppen im Dezember 1969 und 1970

Tierart	1969	1970	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	%
Pferde	17 581	16 642	- 5,3
Fohlen unter 1 Jahr	873	990	13,4
Rindvieh	753 702	725 734	- 3,7
Kälber unter 3 Monate	75 244	72 361	- 3,8
Jungvieh	341 340	338 151	- 0,9
3 Monate bis 1 Jahr	179 886	176 735	- 1,8
1 bis 2 Jahre	161 454	161 416	0,0
Bullen, Ochsen, Schlacht- und Mastkühe 2 Jahre und älter	17 131	17 623 <sup>1)</sup>	2,9
Milchkühe	288 452	267 798	- 7,2
Färsen	31 535	29 801	- 5,5
Schweine	757 932	827 395	9,2
Ferkel unter 8 Wochen	187 952	213 948	13,8
Jungschweine 8 Wochen bis 1/2 Jahr	378 197	413 208	9,3
Schlacht- und Mastschweine 1/2 Jahr und älter	119 400	121 198	1,5
Zuchtsauen trächtig	43 328	45 887	5,9
Zuchtsauen nicht trächtig	26 910	30 646	13,9
Eber	2 145	2 508	16,9
Schafe	49 401	55 198	11,7
unter 1 Jahr (einschl. Lämmer)	16 213	17 761	9,5
Ziegen	1 735	1 432	- 17,5
unter 1 Jahr (einschl. Lämmer)	92	127	38,0
Hühner	5 161 643	5 075 975	- 1,7
Legehennen 1/2 bis 1 Jahr	2 421 891	2 113 411	- 12,7
Legehennen 1 Jahr und älter	1 908 166	1 898 477	- 0,5
Gänse	8 606	8 495	- 1,3
Enten	28 139	28 785	2,3
Truthühner	8 631	6 566	- 23,9
Bienenvölker	55 395	55 165	- 0,4

1) Darunter 2 043 Ammen- und Mutterkühe.

durchschnittlich hohen vergleichbaren Vorjahresstand um 9,0%, den mehrjährigen Durchschnitt sogar um 15,8%. Dabei lag die Zahl der trächtigen Tiere um 5,9 bzw. 14,5% über den jeweiligen Vergleichswerten, wobei die trächtigen Jungsauen unter einem Jahr eine Zugangsrate um 4,4%, die älteren Sauen eine solche von 6,3% aufwiesen.

Im Zuge des Rückganges an viehhaltenden Betrieben nahm auch die Zahl der Schweinehalter ab, und zwar um gut 6 000 oder 7,4% auf 76 700. Die Abgangsrate hat sich damit gegenüber der des Vorjahres (— 8 900 oder 9,7%) absolut und relativ reduziert. Diesen Zahlen liegen die Verhältnisse jeweils zu Anfang Dezember zugrunde. Sie dürften die zu Winterbeginn schlachtenden und deshalb mit der Dezemberzählung nicht mehr erfaßten kleinen Selbstversorgerhaltungen größtenteils nicht mehr enthalten und damit recht nahe an die wirkliche Zahl der Marktproduzenten herankommen. Wie bei der Rindviehhaltung kann man auch hier unterstellen, daß sich die allgemein zu größeren Bestandseinheiten tendierende Entwicklung weiter fortsetzte und in erster Linie Kleinhaltungen vom Rückgang betroffen waren. Diese Annahme wird durch den erneuten Anstieg der durchschnittlichen Haltungsgröße, trotz der Vorbehalte, die angesichts der stark zyklischen Bestandsbewegung gegen einen solchen Wert zu machen sind, unterstrichen. Hier nach entfielen jetzt im Durchschnitt 10,8 Schweine auf einen Halter, während es im Jahr vorher noch 9,1 waren.

#### 4. Schafe und Ziegen

Im Vergleich zur Rindvieh- und Schweinehaltung spielt die Schaf- und Ziegenhaltung nur eine unter-

geordnete Rolle. Während jedoch die Ziegenhaltung durch den fortgesetzten Bestandsabbau, der 1970 zu einer neuerlichen Reduzierung um 17,5% auf etwas mehr als 1 400 Tiere führte, zu fast völliger Bedeutungslosigkeit herabsank, verläuft die Entwicklung bei den Schafen schon seit geraumer Zeit entgegengesetzt. So verzeichnete der Bestand auch im Berichtsjahr wieder eine Zunahme um 11,7% auf rund 55 000 Tiere. Die Annahme liegt nahe, daß die Ausdehnung des Schafbestandes im Zusammenhang mit der wachsenden Sozialbrache steht. Für ertragsarme, unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität landwirtschaftlich sonst nicht mehr nutzbarer Grünlandflächen bietet sich das Schaf wegen seiner geringen Futter- und Pflegeansprüche geradezu an. Wie lange der Trend zur Bestandsvergrößerung noch anhält, dürfte indessen letzten Endes davon abhängen, ob und inwieweit es den Erzeugern gelingt, nicht nur hochwertiges Hammel- und Lammfleisch zu produzieren, sondern auch dessen Qualitäten zu propagieren und die traditionellen Vorurteile abzubauen. Schließlich spielt auch die Preiskonkurrenz mit den übrigen Fleischarten hierbei noch eine Rolle.

Insgesamt verteilte sich der Bestand an Schafen auf rund 2 400 Halter, der der Ziegen auf 800. Die Zahl der ersteren hat sich damit um 15% erhöht, während die letztgenannte um 20% zurückging.

#### 5. Geflügel

Erwartungsgemäß wurden aufgrund der anhaltend unbefriedigenden Erzeugerpreise für Eier die Legehennenbestände drastisch eingeschränkt. Diese Entwicklung wurde im Ansatz schon in den Vorjahresergebnissen sichtbar, als sich die Zuwachsraten abschwächten. Der Gesamtbestand an Legehennen belief sich Ende 1970 nur noch auf 4,012 Mill. Tiere gegenüber 4,33 Mill. im Dezember des Vorjahres. Der Rückgang um 320 000 oder 7,3% betraf am stärksten die Gruppe der ein halbes bis unter ein Jahr alten Legehennen, die um 12,7% auf 2,1 Mill. reduziert wurde. Die älteren Legehennen büßten zahlenmäßig zwar auch ein (— 0,5%), konnten ihren Stand mit 1,898 Mill. jedoch im wesentlichen halten. Betroffen wurde auch der Legehennennachwuchs, der mit 450 000 Tieren ebenfalls unter dem vergleichbaren Vorjahresstand lag (— 5,6%). Demgegenüber zeigte sich in der Masthühnerhaltung eine Bestandsausweitung um 82% auf annähernd 590 000 Tiere.

Wie gewohnt, setzte sich bei den Hühnerhaltern die rückläufige Tendenz fort (— 10,6%). Insgesamt gab es Ende 1970 nur noch 97 000 Betriebe und außerlandwirtschaftliche Haushalte mit Hühnern, die im Durchschnitt 52,3 Tiere gegenüber 47,6 im Vorjahr hielten.

#### 6. Bienenvölker

Der Bestand an Bienenvölkern war mit 55 200 nur geringfügig kleiner als 1969 (— 0,4%), während die Zahl der Imker um 7,6% auf 6 600 zurückging.

P. Porn

## Wohnverhältnisse der über 65jährigen 1968

Erstmals wurde in einer Gebäude- und Wohnungszählung die Unterbringung der Wohnparteien (einschließlich der Einpersonenhaushalte) mit einem über 65 Jahre alten Haushaltsvorstand in Wohnungen, Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden sowie Unterkünften (Baracken, Nissenhütten, Wohnwagen) gesondert betrachtet. Schwerpunkte der Untersuchung waren Ausstattung der Wohnungen und Anzahl der zur Verfügung stehenden Räume. Wohnparteien in Lagern, Anstalten und Asylen blieben unberücksichtigt, ebenso solche in Zweitwohnungen und Zweitwohngelegenheiten sowie in Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet waren.

### 1. Wohnverhältnis

Am 25. Oktober 1968 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 1 171 920 Wohnparteien, von denen 257 562 (22%) einen Haushaltsvorstand hatten, der älter als 65 Jahre war. 97 194 oder 38% davon waren sogenannte Einpersonenhaushalte, und zwar 16 von 100 Männer, 84 Frauen. Mit 42% hatten die Zweipersonenhaushalte den größten Anteil, jene mit drei und mehr Personen den geringsten (20%).

Rund die Hälfte der untersuchten Wohnparteien waren Eigentümer, 45,9% Mieter normaler Wohnungen. Das entspricht etwa den für alle Wohnparteien in Rheinland-Pfalz ermittelten Werten. Obwohl noch keine Vergleichszahlen für die übrigen Bundesländer vorliegen, dürfte Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von fast 50% Wohnungseigentümern in der Spitzengruppe liegen. Von den Mietparteien älterer Haushaltsvorstände in Wohnungen bestanden 45% aus einer Person, 43% aus zwei Personen und 12% aus drei und mehr Personen. Für Eigentümer stellten sich die entsprechenden Anteile auf 27, 43 und 30%.

Neben den älteren Wohnparteien in Wohnungen, die 95,4% der Erfassten ausmachten, lebten noch 2,1% in sogenannten Wohngelegenheiten innerhalb von Wohn- und sonstigen Gebäuden, 0,4% in Unterkünften und 2,1% waren Untermieter in Wohnungen und Wohngelegenheiten. Die Einpersonenhaushalte stellten innerhalb der drei zuletzt genannten Kategorien 78, 40 und 86%. Der geringe Anteil von älteren Haushalten in Unterkünften

und Wohngelegenheiten (2,5%) wird sich kaum erheblich senken lassen. Dieser Personenkreis ist in vielen Fällen durch seine geringe Mobilität nicht bereit, die ihm im Laufe der Zeit vertraut gewordene Umgebung zu verlassen. Zum anderen spielen auch finanzielle Gesichtspunkte eine nicht unerhebliche Rolle.

### 2. Raumzahl

Über die Hälfte (51%) aller Wohnparteien mit Haushaltsvorständen im Alter von über 65 Jahren waren in vier und mehr Räumen untergebracht. Mit geringer werdender Raumzahl nehmen die Anteilquoten stetig ab; so lebten in drei Räumen 31%, in zwei Räumen 14% und in einem Raum nur 4% der erfaßten Wohnparteien. Eigentümer in Wohnungen hatten die besten Wohnmöglichkeiten, denn für fast drei Viertel (72%) standen vier und mehr Räume zur Verfügung, für 22% immerhin noch drei Räume, und nur 6% mußten sich mit einem oder zwei Räumen begnügen. In vielen Fällen wird es sich hier um Eigentumswohnungen handeln. Im Gegensatz zu den Eigentümern verfügten 42% der Mieter in Wohnungen über drei Räume, 34% aber auch noch über vier und mehr. Insgesamt etwa ein Viertel lebte in Ein- und Zweiraumwohnungen.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich für die außerhalb von Wohnungen lebenden Haushalte. In Wohngelegenheiten in Wohn- und sonstigen Gebäuden standen ihnen zu 84% nur ein oder zwei Räume zur Verfügung, in Unterkünften betrug der entsprechende Wert 43%. Die Untermieter konzentrierten sich naturgemäß auf Wohnungen und Wohngelegenheiten mit einem Raum (72%). 25% lebten in zwei Räumen und nur 3% in drei oder mehr Räumen.

Untersucht man die Versorgung der älteren Wohnparteien mit Wohnraum in der Korrelation von Wohnparteiengröße, gemessen an der Zahl der Personen, und Anzahl der selbstbewohnten Räume, so zeigt sich, daß zwar mit steigender Größe der Wohnparteien auch die Anzahl der selbstbewohnten Räume zunimmt, daß aber gleichwohl erhebliche Unterschiede zwischen Mietern und Eigentümern in

Wohnparteien, deren Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter ist, nach Personen- und Raumzahl sowie Wohnverhältnis am 25. 10. 1968

Größe der Wohnparteien Raumzahl	Insgesamt		In Wohnungen				In Wohngelegenheiten				Als Unter- mieter in Wohnungen und Wohn- gelegenheiten	
			als Mieter		als Eigentümer		in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden		in Unterkünften			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wohnparteien mit einer Person	97 194	38	53 292	45	34 529	27	4 227	78	421	40	4 725	86
männlich	15 822	16	6 897	13	6 145	18	1 007	24	148	35	1 625	34
weiblich	81 372	84	46 395	87	28 384	82	3 220	76	273	65	3 100	66
2 Personen	107 825	42	51 138	43	54 571	43	958	18	436	41	722	13
3 und mehr Personen	52 543	20	13 697	12	38 363	30	222	4	195	19	66	1
Wohnparteien in 1 Raum	8 913	4	2 067	2	227	.	2 539	47	122	12	3 958	72
2 Räumen	37 056	14	25 887	22	7 475	6	2 017	37	327	31	1 350	25
3 Räumen	79 672	31	50 002	42	28 525	22	605	11	355	34	185	3
4 und mehr Räumen	131 921	51	40 171	34	91 236	72	246	5	248	23	20	.
Insgesamt	257 562	100	118 127	100	127 463	100	5 407	100	1 052	100	5 513	100

Wohnverhältnis	Von den Wohnparteien mit														
	einer Person					2 Personen					3 und mehr Personen				
	waren untergebracht in ... selbstbewohnten Räumen														
	ins- gesamt	1	2	3	4 und mehr	ins- gesamt	1	2	3	4 und mehr	ins- gesamt	1	2	3	4 und mehr
	Anzahl	%				Anzahl	%				Anzahl	%			
Wohnparteien in Wohnungen als															
Mieter	53 292	3	35	42	20	51 138	.	13	47	40	13 697	.	4	27	69
Eigentümer	34 529	1	13	35	51	54 571	.	5	26	69	38 363	.	1	6	93
Untermieter in Wohnungen und Wohngelegenheiten	4 725	77	21	2	.	722	39	46	14	1	66	41	38	17	4
Wohnparteien in Wohngelegenheiten in Wohn- und sonstigen Gebäuden	4 227	55	36	7	2	958	19	48	24	9	222	12	19	36	33
Wohnparteien in Unterkünften	421	18	43	27	12	436	7	26	43	24	195	9	17	27	47
I n s g e s a m t	97 194	8	27	36	29	107 825	1	9	36	54	52 543	.	2	11	87

Wohnungen einerseits und Untermietern sowie Wohnparteien in Wohngelegenheiten andererseits festzustellen sind. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die Grundforderung jeder Wohnungspolitik, nämlich wenigstens einen Wohnraum je Person einer Wohnpartei bereitzustellen, in der Bundesrepublik dank der enormen Wohnungsbau-tätigkeit der Nachkriegsjahre auch für die älteren Leute voll und ganz erfüllt ist. Sie wird sogar im Schnitt erheblich übertroffen. So hatten bei den Mietern in Wohnungen die Einpersonen-Wohnparteien zu 35% zwei, zu 42% drei und immerhin noch zu 20% vier und mehr Räume zur Verfügung. Bei den Zweipersonen-Wohnparteien waren 47% in drei und 40% in vier und mehr Räumen untergebracht, und die größeren Haushalte mit drei und mehr Personen bewohnten zu 69% vier und mehr Räume. Die Eigentümer in Wohnungen waren sogar noch weit besser versorgt als die Mieter. 99% der Einpersonenhaushalte hatten mindestens zwei Räume, 95% der Zweipersonenhaushalte bewohnten drei oder mehr Räume und 93% der Haushalte mit drei und mehr Personen verfügten über vier oder mehr Räume.

Selbstverständlich waren die Verhältnisse für die Wohnparteien in Wohngelegenheiten nicht so günstig. Beispielsweise hatten von den Wohnparteien in Wohn- und sonstigen Gebäuden mit drei und mehr Personen 31% nur ein oder zwei Räume zur Verfügung, das heißt es entfiel auf einen Raum mehr als eine Person. 86% der Untermieter waren Einpersonenhaushalte, von denen 77% nur einen Raum bewohnten. Relativ unzureichend war die Unterbringung der größeren Untermieterhaushalte. Von den Haushalten mit drei und mehr Personen bewohnten 79% nur einen oder zwei Räume.

### 3. Ausstattung

Neben Wohnverhältnis und Raumzahl bestimmt die Ausstattung mit Bad und WC sowie die Art der Beheizung wesentlich die Qualität einer Wohnung. In einer gesonderten Veröffentlichung wurde bereits auf diese Ausstattungsmerkmale aller Wohnungen in Rhein-

land-Pfalz eingegangen<sup>1)</sup>. In den folgenden Ausführungen werden die Wohnungen nach vier Ausstattungstypen unterschieden, und zwar Wohnungen

- (1) mit Bad, WC und Sammelheizung,
- (2) mit Bad, WC, ohne Sammelheizung,
- (3) ohne Bad, mit WC in der Wohnung,
- (4) Sonstige.

Maßgebend für Wohnungen der ersten, qualitativ besten Ausstattungsstufe ist die Sammelheizung; sie entfiel bei der zweiten Gruppe, in der nur Bad und WC entscheidend waren. Für die dritte Gruppe bildete bei fehlendem Bad das WC in der Wohnung das Kriterium, während zur letzten Gruppe alle übrigen Wohneinheiten zählten, bei denen das WC außerhalb der Wohnung oder sogar außerhalb des Gebäudes lag. Auch Wohnungen mit Toiletten ohne Wasserspülung rechnen dazu.

Die von den älteren Leuten bewohnten 245 590 Wohnungen gehörten zu 16% der besten Ausstattungsstufe an. Zu den Gruppen zwei und drei zählten 30 bzw. 15%. Noch 39% wohnten in der Gruppe vier. Es entfielen auf Mieter und Eigentümer für die Gruppen eins bis vier 15 (16), 31 (30), 18 (12) und 36 (42) %. Die Vermutung, daß von Eigentümern belegte Wohnungen besser ausgestattet waren, konnte somit nicht belegt werden. Der noch sehr hohe Anteil der Gruppe „Sonstige“ läßt schließen, daß es sich hierbei überwiegend um Wohnungen älterer Baujahre handelt, bei denen aus finanziellen oder bautechnischen Gründen eine verbesserte Ausstattung nicht möglich war oder nicht ratsam erschien.

Die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Größe der Wohnpartei und Ausstattung der Wohnungen führt zu dem Ergebnis, daß die Einpersonen-Wohnparteien zu einem wesentlich höheren Prozentsatz (46%) qualitativ schlecht ausgestattete Wohnungen der Gruppe vier bewohnten als Wohnparteien mit zwei bzw. drei und mehr Personen (jeweils 35%). Untergliedert man die älteren Wohnparteien nach ihrer Personenzahl und der Zahl der von ihnen belegten Räume, so zeigt sich, daß Ein- und Zweipersonenhaushalte in einem Raum zu einem höheren Anteil in Wohnungen der besten Ausstattungsstufe lebten (28 bzw. 23%), während Haushalte mit drei oder mehr Personen in einem Raum sich zu 64% mit Wohnungen der letzten

<sup>1)</sup> K.-H. Zimmermann: Sanitäre Ausstattung, Beheizung und Baualter der Wohnungen 1968. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 24, Heft 1, Januar 1971.

Raumzahl	Wohnparteien in Wohnungen								
	ins- gesamt	mit Bad und WC				ohne Bad mit WC in der Wohnung		sonstige	
		mit Sammelheizung		ohne					
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 Raum	2 294	623	27	327	14	509	22	835	37
2 Räume	33 362	2 312	7	5 563	17	6 917	21	18 570	55
3 Räume	78 527	8 750	11	23 347	30	14 344	18	32 086	41
4 und mehr Räume	131 407	27 406	21	45 191	34	14 632	11	44 178	34
I n s g e s a m t	245 590	39 091	16	74 428	30	36 402	15	95 669	39
Mieter	118 127	18 008	15	35 925	31	21 608	18	42 586	36
Eigentümer	127 463	21 083	16	38 503	30	14 794	12	53 083	42

Ausstattungsstufe begnügen mußten. Umgekehrt bewohnten die größeren Haushalte mit steigender Raumzahl in wachsendem Maße besser ausgestattete Wohnungen.

#### 4. Regionale Unterschiede

Auf die drei Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Rheinhessen-Pfalz entfielen 38, 11 und 51% der Wohnparteien mit einem über 65jährigen Haushaltsvorstand. In der gleichen Reihenfolge der Bezirke

betrug die Versorgung der Mieter in Wohnungen mit dem am besten ausgestatteten Wohnungstyp (Bad, WC und Sammelheizung) 45, 47 und 46%, und auch bei den Eigentümern in Wohnungen waren die Werte ähnlich (49, 49 und 45%). Wohnungen der älteren Wohnparteien in Wohngelegenheiten, soweit sie sich in Wohn- und sonstigen Gebäuden befanden, wiesen nur zu 18, 17 und 14% Merkmale der höchsten Ausstattungsstufe auf.

Dr. P. Baron

## Versorgungsempfänger im öffentlichen Dienst 1968

Im Rahmen der Personalstrukturerhebung 1968 wurden unter anderem Angaben über die Versorgungsberechtigten bei Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und Sozialversicherungsträgern erfragt, die zusammen mit der Altersgliederung, eine wichtige Ausgangsbasis für die Vorausberechnung künftiger Versorgungslasten bilden. Während nämlich über die Bezieher von Angestellten- und Invalidenrenten aus den Geschäftsstatistiken der einzelnen Versicherungsträger Material vorliegt, fehlten bisher, abgesehen von einigen wenigen Zahlen aus der Volkszählung 1950, jegliche Strukturdaten über die Versorgungsempfänger. Erfragt wurden bei den mit der Festsetzung beziehungsweise Auszahlung der Versorgungsbezüge beauftragten Dienststellen Zahl, Alter, Art des Versorgungsanspruchs und die für die Berechnung der Versorgungsbezüge maßgebende Laufbahngruppe. Im allgemeinen handelt es sich hierbei um die beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst erreichte Gruppe. Zu erfassen waren alle auf Grund eines früheren öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses als Beamter, Richter oder Angestellter mit Beamtenbesoldung versorgungsberechtigten Personen bzw. deren Hinterbliebene. Nicht eingeschlossen sind diejenigen Versorgungsempfänger, die dem Personenkreis des Gesetzes zu Artikel 131 GG zuzuordnen waren und im öffentlichen Dienst nicht wieder verwendet wurden. Dagegen zählen pensionierte Angestellte und Arbeiter mit beamtenähnlicher Zusatzversorgung oder mit Staatszuschüssen zur Rente zu dem hier erfaßten Kreis.

Wesentlicher Bestandteil der Versorgung sind das Ruhegehalt und die sich hieraus ableitenden Ansprüche der Hinterbliebenen auf Witwen- und Waisengeld. Diese Leistungen sind in der Verpflichtung des Dienstherrn begründet, dem Beamten auf Lebenszeit den standesgemäßen Lebensunterhalt auch über die Beendigung des Beamtenverhältnisses hinaus zu gewähren. Der Anspruch pensionierter Beamter auf Ruhegehalt, dessen Höhe sich vor allem nach dem Grundgehalt richtet, ist

öffentlich-rechtlicher Natur und ebenso wie derjenige auf das Diensteinkommen unverzichtbar.

#### 1. Gesamtübersicht

Am 2. Oktober 1968 betrug die Zahl der im staatlichen und kommunalen Bereich sowie bei Sozialversicherungsträgern ermittelten Versorgungsempfänger 24 132. Fast zwei Drittel bezogen ihre Versorgungsleistungen vom Land — festsetzende und auszahlende Stellen waren zum Erhebungszeitpunkt die Bezirksregierungen —, 31,7% gehörten dem gemeindlichen Sektor und 2,6% den Sozialversicherungsträgern an. Mehr als die Hälfte aller Versorgungsberechtigten waren Ruhegehaltsempfänger. Die Bezieher von Witwen- bzw. Witwergeld — die zugehörigen Halbwaisen wurden analog der Veranschlagung in den Haushaltsplänen nicht als eigener Fall gezählt — machten 44,8% aus, während die Gruppe der Waisen, hier einschließlich der Halbwaisen von Wiederverheirateten, nur zu 3% beteiligt war. Insgesamt kamen auf 100 aktiv Vollbeschäftigte 23, auf 100 Beamte und Richter rund 54 Versorgungsempfänger. Die entsprechenden Verhältniszahlen für das Personal des unmittelbaren öffentlichen Dienstes im Bundesgebiet lagen mit 30 und 66 über den Daten für Rheinland-Pfalz. Auf die Gebietskörperschaften allein bezogen ergaben sich Werte von 23 und 54.

Auffallend ist die ungewöhnlich hohe Quote der Versorgungsempfänger bei den aktiven Beamten des einfachen Dienstes. Dies gilt sowohl für Ruhegehaltsempfänger, Empfänger von Witwen- und Witwergeld bzw. den Unterhaltsbeitrag für Witwen und Witwer als auch für Bezieher von Waisengeld

bzw. den Unterhaltsbeitrag für Vollwaisen. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß infolge des allgemeinen Trends zu höherwertigen Tätigkeiten kaum noch Beamte in den einfachen Dienst eingestuft werden. In der Laufbahngruppenstruktur der Ruhegehaltsempfänger kann sich diese zum Teil mit der zunehmenden Technisierung zusammenhängende Verschiebung zu den qualifizierten Tätigkeiten naturgemäß erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung voll auswirken.

Im Vergleich zu 1949 hat sich die Zahl der Ruhegehaltsempfänger um 18% erhöht, diejenige der übrigen Versorgungsberechtigten dagegen um 7% vermindert. Der Rückgang der Witwen- und Waisengeldempfänger ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Zum einen stieg vorübergehend die Sterblichkeit der jüngeren Bediensteten durch den Krieg überdurchschnittlich an, so daß die daraus resultierenden Versorgungsfälle zunahmen. Außerdem befanden sich unter den Versorgungsempfängern, die das Land nach dem Krieg aufzunehmen hatte, rund 1 200 Witwen- und Waisengeldberechtigte. Schließlich wirkte sich eine andere Methodik aus, denn damals zählten Witwen und zugehörige Halbweisen als zwei Fälle. Im Laufe der Zeit verringerte sich die Bedeutung dieser Personengruppe durch Überschreiten der Altersgrenze bei den Waisen und Wiederverheiratung der Witwen. Ebenfalls bedingt durch den Krieg scheinen die Ruhegehaltsempfänger 1949 zahlenmäßig geringer gewesen zu sein als im Durchschnitt zuvor, wenngleich in diesen Daten durch den Zuzug von 700 versorgungsberechtigten Personen aus anderen Ländern ein gewisser Ausgleich herbeigeführt worden sein mag. Die Ergebnisse spiegeln ferner die Erhöhung der Lebenserwartung wider. Die unterschiedliche Entwicklung der Ruhegehaltsempfänger bei Land (+ 28%) und Gemeinden (— 1%) ist zum Teil mit der Verstaatlichung von zwei bedeutenden Verwaltungszweigen, der Polizei und des Schulwesens (Gymnasien und Berufsschulen), die auch die Versorgungsempfänger betraf, zu erklären.

Im Jahre 1968 hatten, gemessen an je 100 aktiv Tätigen, erheblich weniger Personen Anspruch auf Versorgung als 1949. Auf die Beamten und Richter bezogen sank die Quote der Ruhegehaltsempfänger um 10 Punkte auf 28, bei den Empfängern von Witwen- und Waisengeld sogar um 18 Punkte auf 24. Eine erhebliche Verringerung der Ruhegehaltsempfänger gegenüber den Beamten wiesen die kommunalen Gebietskörperschaften aus, wobei insbesondere die kreisangehörigen Gemeinden eine Abnahme um 29 Punkte auf 55 verzeichneten.

## 2. Weibliche Ruhegehaltsempfänger

Besonderes Interesse verdienen die Auswirkungen der zunehmenden Beschäftigung von Frauen auf den Bestand der Ruhegehaltsempfänger. Im Oktober 1968 gab es insgesamt 2 089 weibliche Ruhegehaltsberechtigte, das sind 16,6% aller Ruhegehaltsempfänger, während ihr Anteil an den aktiven Beamten mit 19,6% etwas höher lag. Im Landesbereich hatten die Beamtinnen die größere Bedeutung, denn unter den staatlichen Beamten befanden sich 22,2% Frauen, während die weiblichen Kommunalbeamten lediglich 3,6% ausmachten. Von den Ruhegehaltsempfängerinnen entfielen 84,7% auf das Land und 14,5% auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Bei den Sozialversicherungsträgern war ihre Zahl mit 17 sehr gering.

Die Gliederung der ehemaligen Beamtinnen nach Altersgruppen zeigt, daß analog zu der gestiegenen Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung um rund fünf Jahre (der männlichen nur um rund drei Jahre), der Anteil der über 70 Jahre alten Frauen mit 58,1% höher liegt als bei den Ruhegehaltsempfängern insgesamt.

Für die meisten weiblichen Ruhegehaltsberechtigten, nämlich drei Viertel, ist als letzte für die Versorgung maßgebende Laufbahngruppe der gehobene Dienst angegeben. Die Quote belief sich beim Land sogar auf 85%. Bei den kommunalen Gebietskörperschaften dominierte der mittlere Dienst. Im

Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden (Gv.) und Sozialversicherungsträger nach der letzten für die Versorgung maßgeblichen Laufbahngruppe am 2. Oktober 1968

Art der Versorgungsempfänger und letzte für die Versorgung maßgebliche Laufbahngruppe	Insgesamt		Land		Gemeinden (Gv.)		Sozialversicherungsträger	
	Anzahl	je 1 000 Beamte 1)	Anzahl	je 1 000 Beamte 1)	Anzahl	je 1 000 Beamte 1)	Anzahl	je 1 000 Beamte 1)
<u>Ruhegehaltsempfänger</u> 2)	12 606	279, 4	8 689	230, 5	3 629	600, 1	288	210, 1
Höherer Dienst	2 096	210, 5	1 661	181, 7	393	642, 2	42	205, 9
Gehobener Dienst	6 622	293, 2	5 102	277, 4	1 389	397, 5	131	188, 2
Mittlerer Dienst	3 086	264, 2	1 741	181, 7	1 247	763, 2	98	211, 2
Einfacher Dienst	802	894, 1	185	317, 3	600	1 954, 4	17	2 428, 6
<u>Empfänger von Witwen(r)geld bzw. Unterhaltsbeitrag für Witwen(r)</u>	10 815	239, 7	6 668	176, 9	3 829	633, 2	318	231, 9
Höherer Dienst	1 841	184, 9	1 461	159, 8	332	542, 5	48	235, 3
Gehobener Dienst	5 082	225, 0	3 532	192, 0	1 405	402, 1	145	208, 3
Mittlerer Dienst	2 937	251, 5	1 514	158, 0	1 323	809, 7	100	215, 5
Einfacher Dienst	955	1 064, 7	161	276, 2	769	2 504, 9	25	3 571, 4
<u>Empfänger von Waisengeld bzw. Unterhaltsbeitrag für Vollwaisen</u>	711	15, 8	486	12, 9	200	33, 1	25	18, 2
Höherer Dienst	164	16, 5	137	15, 0	23	37, 6	4	19, 6
Gehobener Dienst	378	16, 7	253	13, 8	117	33, 5	8	11, 5
Mittlerer Dienst	144	12, 3	91	9, 5	42	25, 7	11	23, 7
Einfacher Dienst	25	27, 9	5	8, 6	18	58, 6	2	285, 7

1) Einschl. DO-Angestellte. - 2) Bzw. Empfänger von Unterhaltsbeitrag.

allgemeinen steigt der prozentuale Anteil der Ruhegehaltsempfängerinnen mit dem Alter an, lediglich im Landesbereich war ein Fünftel der Frauen in der höheren Laufbahngruppe jünger als 62 Jahre.

### 3. Versorgungsempfänger des Landes

Insgesamt hatten am Erhebungstichtag 15 843 Personen durch ihre Tätigkeit im öffentlichen Dienst ein Recht auf Versorgung durch das Land erworben. Nach der Art des Anspruches war die Mehrzahl Empfänger von Ruhegehalt (54,8%), während 42,1% Witwengeld und 3,1% Waisengeld bezogen. Im Vergleich zu 1949 entfielen auf 100 aktive Beamte erheblich weniger Versorgungsberechtigte. Ruhegehaltsempfänger waren es 23 (1949:30), Witwen- und Waisengeldempfänger 18 (37).

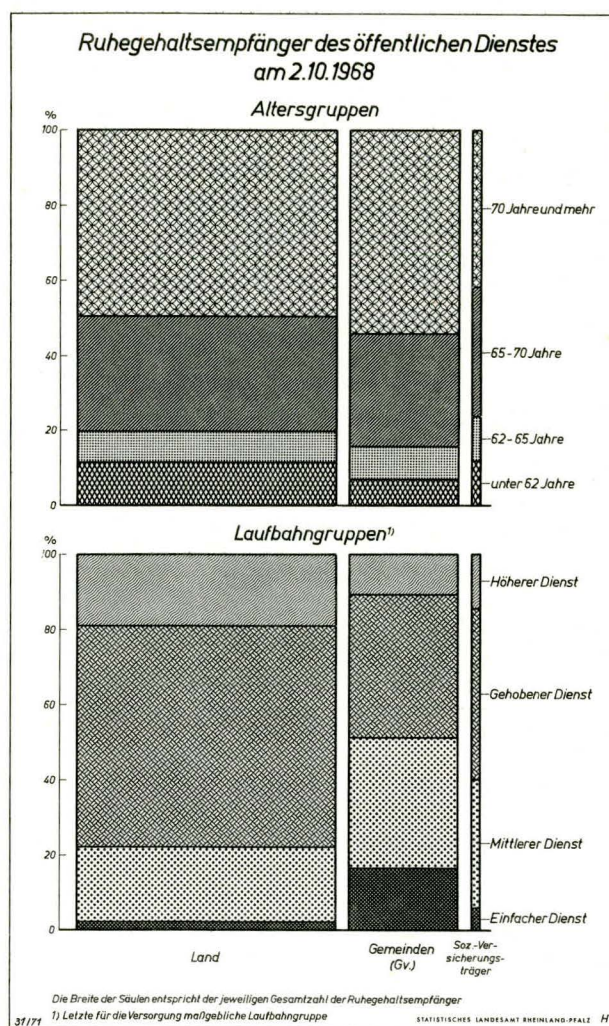
In allen drei Versorgungsarten hatte der gehobene Dienst, entsprechend der Bedeutung dieser Laufbahngruppe, mit 56,1% den größten Anteil. Mit je rund einem Fünftel blieben höherer und mittlerer Dienst etwas unter dem Verhältnis der Laufbahngruppen bei den aktiven Beamten. Der einfache Dienst dagegen verzeichnete mit insgesamt 351 Versorgungsempfängern auf je 1 000 aktive Beamte die höchste Quote.

Fast die Hälfte der staatlichen Ruhegehaltsbezieher war 70 Jahre oder älter. Relativ große Bedeutung besaß daneben die Altersgruppe unter 62 Jahren, die mit 1 008 Personen 11,6% der Gesamtzahl darstellte. Das Ergebnis ist auf die von der allgemeinen Altersgrenze, die bei 65 Jahren liegt, abweichende Regelung für Polizeivollzugsbeamte zurückzuführen, deren Pensionierung normalerweise schon nach Vollendung des 60. Lebensjahres erfolgt.

Von den Empfängern von Witwen- oder Witwergeld bzw. Unterhaltsbeitrag zählten 44,6% zur Gruppe der 70 Jahre und älteren Personen, während die Bezieher von Waisengeld oder Unterhaltsbeitrag für Vollwaisen fast zur Hälfte in der Gruppe der unter 18 Jahre alten Personen anzutreffen waren. Die relativ hohe Zahl der Waisengeldempfänger über 18 Jahren läßt darauf schließen, daß die Kinder von Beamten in der Regel eine gründliche Schul- und Berufsausbildung erhalten, die oft erst weit nach dem 18. Lebensjahr abgeschlossen ist. Die aufgezeigte Relation gilt auch für den gesamten unmittelbaren öffentlichen Dienst im Bundesgebiet. Auffallend ist, daß noch 14,0% der Waisen über das 27. Lebensjahr hinaus Rente beziehen. Hierbei dürfte es sich überwiegend um junge Männer handeln, die ihre Berufsausbildung zur Ableistung des Wehrdienstes unterbrochen haben, und deren Anspruch auf Waisengeld sich nach den gesetzlichen Bestimmungen um diesen Zeitraum über das 27. Lebensjahr hinaus verlängert. Außerdem wird Waisengeld noch dann über das 27. Lebensjahr hinaus gezahlt, wenn eine Waise, zum Beispiel infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen, außerstande ist, sich selbst zu ernähren.

### 4. Versorgungsempfänger der Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Zahl der Versorgungsberechtigten von kommunalen Dienststellen betrug am Erhebungs-



stichtag 7 658 Personen. Im Gegensatz zum staatlichen Bereich überwogen hier die Empfänger von Witwengeld, zu denen über die Hälfte der Versorgungsempfänger zählte, während die Ruhegehaltsbezieher nur 47,4% ausmachten. Der Unterschied ist zum Teil durch die stärkere Beschäftigung von Frauen beim Land verursacht, die sich auf die Ruhegehaltsansprüche insofern relativ erhöhend auswirkt, als der Bezug von Witwergeld gering sein dürfte.

Durch die Übernahme von Polizei und Lehrern durch das Land haben sich gegenüber 1949 die gemeindlichen Ruhegehaltsempfänger verringert (— 1,3%), die Witwen- und Waisengeldberechtigten verzeichneten dagegen eine Zunahme um 13%. Im gleichen Zeitraum wies das Verhältnis der Ruhegehaltsempfänger zu den aktiven Beamten einen Rückgang von 76 auf 60 auf. Eine ähnliche Entwicklung ergab sich auch für Witwen- und Waisengeldempfänger. In der Verminderung drückt sich die Normalisierung der Nachkriegsverhältnisse aus, die durch Zuzug aus anderen Teilen Deutschlands und durch das Gesetz zu Artikel 131 GG, das einem bestimmten Berechtigtenkreis den Zugang zum öffentlichen Dienst ermöglichte, geprägt wurden. Gleichwohl ist die Quote, gemessen am Landesergebnis, sehr hoch, was auf mehreren Ursachen beruht. Zum einen tritt bei den im kommunalen

Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden (Gv.) und Sozialversicherungsträger  
nach Geschlecht und Altersgruppen am 2. Oktober 1968

Art, Geschlecht und Alter der Versorgungsempfänger	Insgesamt		Land		Gemeinden (Gv.)		Sozialversicherungs- träger	
	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)
<u>Ruhegehaltsempfänger</u> <sup>2)</sup>	12 606	100,0	8 689	100,0	3 629	100,0	288	100,0
weiblich	2 089	16,6	1 770	20,3	302	8,3	17	5,9
unter 62 Jahre	1 286	10,2	1 008	11,6	244	6,7	34	11,8
weiblich	181	1,5	167	1,9	13	0,3	1	0,3
62 - 65 Jahre	1 075	8,5	722	8,3	319	8,8	34	11,8
weiblich	155	1,2	131	1,5	24	0,7	-	-
65 - 70 Jahre	3 862	30,7	2 663	30,7	1 099	30,3	100	34,7
weiblich	540	4,3	453	5,2	77	2,1	10	3,5
70 Jahre und älter	6 383	50,6	4 296	49,4	1 967	54,2	120	41,7
weiblich	1 213	9,6	1 019	11,7	188	5,2	6	2,1
<u>Empfänger von Witwen(r)geld bzw. Unterhaltsbeitrag für Witwen(r)</u>	10 815	100,0	6 668	100,0	3 829	100,0	318	100,0
unter 50 Jahre	794	7,3	659	9,9	115	3,0	20	6,3
50 - 60 "	1 658	15,3	1 160	17,4	428	11,2	70	22,0
60 - 70 "	3 098	28,7	1 874	28,1	1 118	29,2	106	33,3
70 Jahre und älter	5 265	48,7	2 975	44,6	2 168	56,6	122	38,4
<u>Empfänger von Waisengeld bzw. Unterhaltsbeitrag für Vollwaisen</u>	711	100,0	486	100,0	200	100,0	25	100,0
unter 18 Jahre	325	45,7	225	46,3	88	44,0	12	48,0
18 - 27 "	267	37,6	193	39,7	63	31,5	11	44,0
27 Jahre und älter	119	16,7	68	14,0	49	24,5	2	8,0

1) Anteil der weiblichen und der nach dem Alter gegliederten Versorgungsempfänger an der Zahl der Versorgungsempfänger in der jeweiligen Gruppe. - 2) Bzw. Empfänger von Unterhaltsbeitrag.

Bereich bedeutenderen Beamten auf Zeit (Wahlbeamte) der Versorgungsfall schneller ein, da sie oft nur für die Dauer der Wahlzeit angestellt sind, so daß bei gegebener Planstellenzahl mehr Versorgungsansprüche entstehen als beim Land. Ferner hat ein Strukturwandel zugunsten der Angestellten und Arbeiter stattgefunden, wodurch die Zahl der Beamten, die infolge der starken Aufgabensteigerung für die Kommunen nach dem ersten Weltkrieg ein bedeutendes Gewicht besaßen und die heute versorgungsberechtigt sind, relativ abgenommen hat. Weiterhin trugen auch die nach 1945 wegen politischer Gründe aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossenen Beamten, die nach dem Krieg als Angestellte weiterbeschäftigt wurden, jedoch aus der früheren Tätigkeit auch einen Versorgungsanspruch erworben hatten, zur Erhöhung der Relation bei. Insgesamt entfielen in Rheinland-Pfalz auf 100 aktive Beamte 127 Versorgungsempfänger, womit der Bundesdurchschnitt für Gemeinden (81) erheblich überstiegen wurde.

Für die Mehrzahl der Versorgungsfälle waren die mittlere und gehobene Laufbahn als Berechnungsgrundlage maßgebend. Mit fast einem Fünftel besaß aber auch der einfache Dienst ganz erhebliche Bedeutung; hier kamen auf je 100 aktive Beamte 195 Versorgungsfälle und 251 Empfänger von Witwen- oder Witwergeld bzw. Unterhaltsbeitrag.

In den kommunalen Verwaltungen wurden am 2. Oktober 1968 rund 6 200 oder vier Fünftel aller Versorgungsberechtigten der Gemeinden (Gv.) gezählt. Etwa ein Drittel ist den kreisfreien Städten zuzurechnen. Mit 1 500 Versorgungsempfängern, das entspricht fast einem Fünftel, kamen in den Wirtschaftsunternehmen auf 100 aktive Beamte 889 Bezieher von Ruhegehalt, Witwen- oder Waisengeld. Unter den vorher bereits erwähnten Gründen kommt der Verstärkung der Angestelltentätigkeiten hier besondere Bedeutung zu.

Auch bei den Gemeinden war mehr als die Hälfte der Ruhegehalts- und Witwengeldempfänger älter als 70 Jahre, was unter anderem auf die gestiegene Lebenserwartung zurückzuführen ist. Von der Möglichkeit, sich ohne Angabe von Gründen bereits nach Vollendung des 62. Lebensjahres pensionieren zu lassen, machten offensichtlich nicht viele Bedienstete Gebrauch. Der Anteil der 62- bis 65jährigen betrug nur 8,8%, wovon wiederum die größte Zahl auf die wegen Dienstunfähigkeit bzw. wegen Ablauf der Wahlzeit Ausgeschiedenen entfiel. 6,7% der Ruhegehaltsbezieher waren jünger als 62 Jahre. Diese Altersgruppe machte wegen der hier zahlreich vertretenen Wahlbeamten über 11% der Empfänger von Ruhegehalt in den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden aus.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

## Mitwirkungsbereitschaft der privaten Haushalte bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in der theoretischen Konzeption und der praktischen Durchführung eine der schwierigsten Erhebungen der amtlichen Statistik überhaupt, erstreckte sich auf die

Monate Januar bis Dezember 1969. Sie begann mit einem sogenannten Grundinterview und endete mit einem Schlußinterview. Die Befragung sollte eine nach den Grundsätzen der Stichprobentheorie festgelegte

Auswahlmasse von rund 50 000 Haushalten im Bundesgebiet, davon 2 945 in Rheinland-Pfalz, umfassen, das sind 0,25% der im Bundesgebiet bzw. in Rheinland-Pfalz vorhandenen Haushalte. Der für Rheinland-Pfalz festgelegte Auswahlplan sah vor, daß die 2 945 einzubeziehenden Haushalte folgende Struktur aufweisen sollten: 283 Haushalte von Selbständigen (ohne Landwirte), 194 von Beamten, 438 von Angestellten, 947 von Arbeitern, 993 von Nichterwerbstätigen und 190 von Landwirten.

Die tief in die Privatsphäre gehenden Fragenkomplexe und die beträchtliche Arbeit, welche die mitwirkenden Haushalte auf sich zu nehmen hatten, verboten es von selbst, die sonst bei amtlichen Erhebungen übliche Auskunftspflicht anzuordnen. Vielmehr wurde, wie schon bei der ersten derartigen Erhebung im Jahre 1962/63, davon ausgegangen, daß sich bei entsprechender Werbung und gewissen finanziellen Anreizen (Mitwirkungsprämie, Auslobung) genügend zur Mitarbeit bereite Haushalte finden würden. Nach Abschluß der Erhebung erscheint es nun interessant, rückblickend den Erfolg der Erhebung unter den Gesichtspunkten zu analysieren, inwieweit die gewonnenen Haushalte das Erhebungsjahr durchstanden, welche Gründe sie zur Mitwirkung bewogen und in welchem Maße sie sich an künftigen Erhebungen dieser Art wieder beteiligen wollen. Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes und Einkommenshöhe der Haushalte sind für die Untersuchung besonders relevante Gliederungsmerkmale.

1. Ausfallquoten

Die Werbemaßnahmen (persönliche Anschreiben, Artikel in der regionalen und überregionalen Presse, Kurzbeiträge in Rundfunk und Fernsehen, Plakatwerbung, Werbung durch die eingesetzten Interviewer selbst) führten dazu, daß 126% des Auswahlolls an mitwirkungsbereiten Haushalten sich meldeten. Da die Beteiligungsquote in den einzelnen Schichten jedoch sehr unterschiedlich war - zum Teil hatten sich erheblich mehr Haushalte angemeldet als nötig, zum Teil wurde das Soll bei weitem nicht erreicht -, mußten aus erhebungstechnischen und finanziellen Erwägungen heraus Haushalte aus den besonders stark besetzten Schichten (Beamte, Angestellte) ausgeschieden werden, so daß zu Beginn der Erhebung noch 109% des Solls vorhanden waren. Aber noch vor oder während des ersten Besuchs der Interviewer zogen weitere 231 Haushalte ihre Zusage zurück, so daß 2 986 Haushalte oder 101% des Auswahlolls verblieben. Im Laufe der Erhebung stellten weitere 192 Haus-

halte ihre Mitarbeit ein (6,4%). Mit rund 95% der geplanten Auswahlmasse am Ende der Erhebung darf also diese mit vielen unvorhersehbaren Risiken belastete Erhebung durchaus als voller Erfolg angesehen werden.

Die Ausfallquoten, gemessen an den am Grundinterview teilnehmenden Haushalten, variierten nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes recht beträchtlich. Am stärksten betroffen waren mit 14% die Selbständigen (Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige). Ihnen folgten mit 9% die Landwirte. Infolge gezielter Werbemaßnahmen war zwar in der Gruppe der Selbständigen zunächst ein Übersoll erreicht worden, aber schon beim ersten Interview nahmen 16% ihre Zusage zurück. Bei den Landwirten wurde der Auswahlatz, wie schon bei der Stichprobe von 1962/63, von vorneherein nicht erreicht. Sicherlich spielen hier die geforderte Darlegung der Einkommensverhältnisse wie auch arbeitsmäßige Gründe eine besonders große Rolle. Die geringsten Ausfallquoten verzeichneten die Beamten und Angestellten mit etwa 3 bis 4%, gefolgt von den Arbeitern und Nichterwerbstätigen mit 5 und 8%. Hier dürften für die Ausfälle eine Reihe von Gründen eine Rolle spielen, die teils in der Struktur der Haushalte, teils im unterschiedlichen Bildungsstand zu suchen sind. Haushalte, deren Mitglieder mit schriftlichen Arbeiten vertraut sind, und solche, in denen auf Grund einer guten Ausbildung die Ziele und Aufgaben einer derartigen Erhebung besser verstanden werden, waren nach Kenntnis der teilweise umfangreichen Schreibarbeiten eher bereit, bis zum Ende der Erhebung durchzuhalten, als zum Beispiel ältere, alleinstehende Rentner, die zunächst keine Vorstellung von dem Ausmaß ihrer Mitarbeit hatten und vielfach nur wegen der zugesagten Prämie ihre Teilnahme erklärten.

2. Mitwirkungsgründe

Mit dem Schlußinterview wurden die Haushalte gefragt, was sie bewogen hat, an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe teilzunehmen. Fünf Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben: Erkenntnis der Notwendigkeit, Überprüfung der eigenen Haushaltsführung, Mitwirkungsprämie, Auslobung, sonstige Gründe. Es konnten auch gleichzeitig mehrere Beteiligungsgründe angegeben werden.

Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Erhebungsablauf

Soziale Stellung	Haus- halts- soll	Haushalte										Gesamtausfall ab dem Grund- interview	
		zu Beginn der Erhebung	nach Anschreibungen zum (im)										
			Grund- interview	1.	2.	3.	Ok- tober	4. Vierteljahr und Schluß- interview					
				Vierteljahr									
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl					%	Anzahl	%	
Selbständige	283	338	119,4	284	100,4	252	250	247	245	244	86,2	40	14,1
Landwirte	190	168	88,4	150	78,9	141	140	140	138	137	72,1	13	8,7
Beamte	194	370	190,7	344	177,3	340	338	337	335	335	172,7	9	2,6
Angestellte	438	588	134,2	577	131,7	559	557	554	554	554	126,5	23	4,0
Arbeiter	947	860	90,8	825	87,1	802	790	785	782	782	82,6	43	5,2
Nichterwerbstätige	893	893	100,0	806	90,3	769	759	751	746	742	83,1	64	7,9
Insgesamt	2 945	3 217	109,2	2 986	101,4	2 863	2 834	2 814	2 800	2 794	94,9	192	6,4

### Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes

Die Auswertung zeigte, daß mehr als zwei Drittel aller Beamten-, Angestellten- und Selbständigen-Haushalte ihre Teilnahme mit der Einsicht in die Notwendigkeit solcher Erhebungen begründeten, während Arbeiter- und Landwirtehaushalte sich zu knapp 50% dahingehend äußerten. Die Nichterwerbstätigen-Haushalte fielen immerhin noch zu 63% in diese Kategorie. Für sie war allerdings auch in stärkerem Maße der finanzielle Anreiz Grund zur Mitwirkung, denn nahezu ein Viertel der Befragten gab die zu erwartende Prämie als Motiv an, 10% wurden durch die Gewinnchance zum Mitmachen bewegt. Auch die Arbeiter waren dort mit 20 bzw. 8% relativ stark vertreten. Selbständige, Beamte, Angestellte und Landwirte sprachen auf die finanzielle Seite nicht so sehr an. Mit dem Ziel, die eigene Haushaltsführung zu überprüfen, lagen die Arbeiterhaushalte mit 55% eindeutig an der Spitze, gefolgt von den Beamten- und Angestellten-Haushalten mit jeweils 47%. Die geringsten Anteile verzeichneten hier neben Nichterwerbstätigen, bei denen es sich überwiegend um ältere Personen handelt, die wegen ihrer ziemlich fest umrissenen Ausgabenstruktur kaum eine Notwendigkeit für die Überprüfung ihrer Haushaltsführung sehen, die Selbständigen und Landwirte.

### Höhe des Haushaltseinkommens

Mit steigendem Einkommen wächst die Erkenntnis der Notwendigkeit solcher volkswirtschaftlich wichtigen Erhebungen, zugleich nimmt auch das Bedürfnis nach Überprüfung der eigenen Haushaltsführung zu. Bei dem zuerst genannten Mitwirkungsgrund reichten die Sätze von 50% (Haushalte mit unter 300 DM Einkommen) bis zu 63% (Haushalte mit Einkommen von 1 500 und mehr DM). Hinsichtlich der Überprüfung der eigenen Haushaltsführung lag die Spanne unter Zugrundelegung der gleichen Einkommenswerte zwischen 33 und 49%. Eindeutig negativ war die Korrelation zwischen Einkommenshöhe und Mitwirkungsprämie bzw. Erwartung eines Gewinns aus der Auslobung. Etwa 36% der Haushalte mit Einkommen unter 300 DM gaben die Mitwirkungsprämie als Beweggrund für die Teilnahme an, aber nur 12% der Haushalte mit Einkommen über 1 500 DM. Die Teilnahme an der Auslobung konnte etwa 11% der Haushalte mit niedrigem Einkommen zu einer Mitwirkung bewegen, aber nur gut 4% der Haushalte mit Einkommen über 1 500 DM. Die sonstigen Gründe spielten nur eine untergeordnete Rolle.

Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 nach Mitwirkungsgrund und Einkommenshöhe (ohne Landwirte)

Mitwirkungsgrund	Haushaltsbruttoeinkommen			
	unter 300 DM	300 - 800 DM	800 - 1 500 DM	über 1 500 DM
	%			
Erkenntnis der Notwendigkeit	49,5	57,0	59,8	62,9
Überprüfung der eigenen Haushaltsführung	32,6	38,5	46,3	48,6
Mitwirkungsprämie	35,8	28,6	17,2	12,0
Teilnahme an der Auslobung	10,5	11,8	6,8	4,3
Sonstige Gründe	6,3	2,9	2,9	3,4

Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 nach Mitwirkungsgrund und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes

Mitwirkungsgrund	Selbständige	Landwirte	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Nichterwerbstätige
%						
Erkenntnis der Notwendigkeit	68,5	47,1	70,2	67,9	47,8	62,9
Überprüfung der eigenen Haushaltsführung	36,2	42,6	46,5	47,2	54,5	37,7
Mitwirkungsprämie	10,0	10,3	11,9	10,7	19,6	23,4
Teilnahme an der Auslobung	6,1	2,2	3,6	3,8	7,6	9,5
Sonstige Gründe	3,5	2,9	1,5	2,5	3,2	4,4

Als Fazit für künftige Erhebungen dieser Art ist festzuhalten, daß in allen sozialen Schichten und allen Einkommensgruppen die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Erhebung und das Bedürfnis nach Überprüfung der eigenen Haushaltsführung weit stärker verbreitet sind, als ursprünglich angenommen werden konnte, und daß andererseits die - zugegebenermaßen durchaus nicht „umwerfenden“ - finanziellen Anreize doch nicht die überragende Rolle spielen, wie von der Fachstatistik bei der Konzeption dieser Erhebung vorausgesetzt. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß die interpretierten Werte sicherlich in gewissem Maße durch eine in den Fragen liegende Tendenz zur Beantwortung in einer bestimmten Richtung verfälscht sein können. Einerseits als moderner aufgeschlossener Zeitgenosse mit Einsicht in die Bedeutung statistischer Erhebungen zu gelten, andererseits aber möglichst nicht das finanzielle Interesse bei der Mitarbeit zuzugeben, ist nur zu natürlich. Trotzdem dürften aber die ermittelten Relationen recht konkrete Anhaltspunkte für künftige Planungen abgeben.

### 3. Zukünftige Teilnahmebereitschaft

Sehr aufschlußreich waren auch die Antworten, welche auf die Frage nach einer nochmaligen Beteiligung gegeben wurden. Tendenziell entsprechen hier weitgehend die Gruppenwerte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes den entsprechenden Ausfallquoten. Die Gruppe mit der höchsten Ausfallquote, die Selbständigenhaushalte, war nur zu rund zwei Dritteln bereit, nochmals an einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe teilzunehmen, wogegen Beamte und Angestellte - mit den niedrigsten Ausfallquoten - zu neun Zehnteln auch wieder mitmachen wollen. Bei Arbeitern, Nichterwerbstätigen und Landwirten lag der Grad der Beteiligungsbereitschaft immerhin noch bei 86, 82 und 79%. Im Gesamtschnitt aller Haushalte waren 84% der Befragten für eine nochmalige Teilnahme. Dies läßt hoffen, daß auch die nächste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, welche nach dem gegenwärtigen Stande der Planungen - je nach der Realisierung von Plänen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft über eine Erhebung von Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte -, im Jahre 1973 oder 1974 stattfinden soll, mit einem ähnlichen Erfolg durchgeführt werden kann wie die beiden Erhebungen von 1962/63 und 1969.

Dr. P. Baron

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969			1970				1971
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 635	3 673	3 671	3 672	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	2 304	2 141	1 696	2 175	1 521	2 287	1 716	2 338 <sup>p</sup>	1 376 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	7,0	5,6	7,0	4,9	7,3 <sup>p</sup>	5,7 <sup>p</sup>	7,5 <sup>p</sup>	4,4 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	5 373	4 878	3 795	4 376	4 804	3 552	3 708	4 486 <sup>p</sup>	4 172 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	16,1	12,6	14,0	15,5	11,3 <sup>p</sup>	12,2 <sup>p</sup>	14,3 <sup>p</sup>	13,3 <sup>p</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>3)</sup>	Anzahl	3 345	3 685	3 283	5 421	3 629	3 417	3 666	3 699 <sup>p</sup>	3 878 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	12,2	10,9	17,4	11,7	10,9 <sup>p</sup>	12,1 <sup>p</sup>	11,8 <sup>p</sup>	12,4 <sup>p</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	118	88	174	120	90	88	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,2	23,2	39,8	25,0	25,3	23,7	...	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	1 193	512	1 045	1 175	135 <sup>p</sup>	42 <sup>p</sup>	787 <sup>p</sup>	294 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	3,9	1,7	- 3,4	3,8	0,4 <sup>p</sup>	0,1 <sup>p</sup>	2,5 <sup>p</sup>	0,9 <sup>p</sup>
<b>Wanderungen</b>										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	9 092	9 832	8 825	9 172	...	...	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	8 735	8 574	9 703	7 339	...	...	...	...
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	357	1 258	- 878	1 833	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>4)</sup>	Anzahl	10 017	11 172	9 830	9 585	8 987	...	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
* Arbeitslose	1 000	8,4	18,3	5,8	14,6	23,4	5,7	6,8	13,1	22,2
* Männer	1 000	6,8	14,5	3,4	11,5	19,7	2,7	3,4	8,9	17,0
<b>Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe</b>										
Berufe	Anzahl	755	890	159	2 049	4 244	75	137	703	2 987
Bauberufe	Anzahl	948	2 253	216	2 062	4 102	87	178	1 434	3 057
<b>Industrielle und handwerkliche Berufe</b>										
Berufe	Anzahl	4 372	9 911	2 658	6 685	9 868	3 064	3 553	7 014	10 398
<b>Offene Stellen</b>										
Männer	Anzahl	27 607	19 460	30 577	27 793	30 285	31 118	27 267	23 678	24 796
<b>Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe</b>										
Berufe	Anzahl	327	342	307	339	415	514	413	377	456
Bauberufe	Anzahl	2 508	1 911	2 546	1 949	2 246	3 022	2 479	1 827	2 070
<b>Industrielle und handwerkliche Berufe</b>										
Berufe	Anzahl	15 003	9 405	17 061	15 308	16 278	16 195	13 682	11 586	11 829
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	754	.	754	.	.	.	726	.
* Milchkühe	1 000	298	288	.	288	.	.	.	266	.
* Schweine	1 000	722	758	.	758	.	.	.	827	.
* Zuchtsauen	1 000	56	70	.	70	.	.	.	77	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	33	43	.	43	.	.	.	46	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	1 000	17	19	20	23	21	21	22	22	21
* Kälber	1 000	5	3	2	2	2	2	2	2	2
* Schweine	1 000	101	102	105	127	104	94	117	116	106
* Hausschlachtungen	1 000	24	21	32	40	32	17	33	40	33
* Schlachtmengen <sup>5)</sup>	1 000 t	11,0	11,7	11,1	12,9	11,2	12,0	12,4	11,9	11,4
* Rinder	1 000 t	4,2	4,9	4,8	5,5	5,1	5,5	5,3	5,4	5,2
* Kälber	1 000 t	0,3	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,4	6,7	6,1	7,1	5,9	6,3	6,9	6,2	6,0
<b>Geflügel</b>										
<b>Eingelegte Bruteier <sup>6)</sup></b>										
* für Legehennenküken	1 000	310	417	252	385	455	66	83	121	185
* für Masthühnerküken	1 000	17	17	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch <sup>7)</sup>	1 000 kg	18	53	46	51	68	38	8	53	52
<b>Milch</b>										
* Milchherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	86	76	77	80	78	72	75	76
* Milchleistung je Kuh und Tag	%	72,1	77,9	75,0	76,7	77,3	77,9	74,2	75,8	79,3
	kg	8,9	9,6	8,6	8,4	9,0	8,9	8,5	8,6	9,3

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969			1970				1971
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	2 995	2 997	2 997	2 998	3 007	3 006	3 004	3 006
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	388	401	399	400	412	412	409	406
* Arbeiter 2)	1 000	294	294	303	302	301	309	309	306	304
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	47	48	47	47	52	49	48	46
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	405	456	566	426	499	545	663	488
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	269	301	355	285	341	361	419	321
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	136	155	211	141	158	184	244	167
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	124	126	131	125	101	110	118	106
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	33 959	35 494	37 959	36 600	28 620	27 032	24 139	23 246
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	174	202	225	233	197	125	220	240
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	738	768	757	768	829	767	745	778
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	231	328	351	393	379	307	302	319	354
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 041	2 217	2 201	1 942	2 599	2 454	2 581	2 127
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	455	455	525	436	520	524	610	439
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	185	215	192	163	210	217	198	180 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	194	224	209	182	217	225	210	198 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	195	227	210	182	219	227	210	197
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	152	175	183	185	176	183	198	207 <sup>P</sup>
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	202	224	203	191	222	219	197	203
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	138	163	97	66	191	188	138	71
Chemische Industrie	1962 = 100	151	237	260	254	247	246	240	228	259
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	247	313	324	215	288	332	329	247
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	218	292	337	165	225	284	332	169
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	160	179	157	155	173	179	155	166
Schuhindustrie	1962 = 100	118	120	116	97	115	119	121	97	121
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	154	193	169	144	181	195	186	153
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	140	163	98	57	171	174	132	82
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	.	103	.	102	.	.	.	102	.
* Umsatz	VjD 1962 = 100	.	160	.	201	.	.	.	230	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	.	157	.	204	.	.	.	232	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	242	286	287	301	242	...	...	...
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	595	641	666	706	745	703	755	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	824	912	937	990	973	946	1 012	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	0,6	0,8	1,4	1,3	0,6	0,5	1,0	1,4
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	103	121	156	155	117	131	168	...
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	104	122	157	156	118	132	170	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	91	90	87	88	91	91	89	86
Facharbeiter	1 000	51	50	48	47	47	49	49	48	47
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	27	26	27	28	27	26	25
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 651	13 286	8 353	8 896	15 366	14 224	11 327	6 823
Privater Bau	1 000	7 759	6 963	7 257	4 483	5 218	8 422	7 762	6 349	3 995
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 780	4 963	2 910	3 457	5 380	5 036	4 058	2 358
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	233	229	111	125	206	182	131	84
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	1 950	2 065	1 462	1 636	2 836	2 544	2 160	1 553
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 688	6 029	3 870	3 678	6 944	6 462	4 978	2 828
Hochbau	1 000	1 791	1 363	1 413	928	1 012	1 533	1 464	1 153	732
Tiefbau	1 000	4 444	4 325	4 616	2 942	1 130	5 411	4 998	3 825	812
Straßenbau	1 000	2 027	2 113	2 264	1 318	1 536	2 685	2 456	1 797	1 284
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	83 558	90 862	69 165	61 315	120 347	115 376	108 400	64 702
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	75 178	81 892	58 835	53 460	110 366	104 427	95 756	54 298
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	8 380	8 970	10 330	7 855	9 981	10 949	12 644	10 404
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	219 942	286 123	360 708	152 522	321 500	294 434	471 941	232 465

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Berichtigte Ergebnisse.

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969			1970				1971
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 131	848	407	1 220	1 230	1 114	456	...
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 032	772	378	1 116	1 101	964	416	...
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 159	896	408	1 207	1 365	1 287	476	...
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	130 934	104 867	48 489	140 874	176 833	164 921	62 879	...
* Wohnfläche	1 000 qm	210	199	151	69	209	236	231	86	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	339	308	300	146	303	303	297	116	...
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 067	1 097	1 074	637	1 581	1 228	2 101	534	...
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	76 216	81 548	118 342	41 940	129 719	78 012	144 344	72 204	...
* Nutzfläche	1 000 qm	187	192	182	113	267	185	310	83	...
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	2 790	2 344	1 892	811	2 391	2 768	2 827	1 014	...
<b>Bauleistungspreise</b> (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	101	105	.	.	.	119	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	133	137	.	.	.	160	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	136	140	.	.	.	162	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	132	137	.	.	.	163	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	122	128	.	.	.	153	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	133	136	.	.	.	158	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	108	113	.	.	.	127	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	138	144	.	.	.	167	.	.
Deckenputz	1962 = 100	129	139	145	.	.	.	164	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	146	150	.	.	.	174	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	123	127	.	.	.	142	.	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	.	135	139	.	.	.	158	.	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	520,9	524,5	539,5	495,1	620,3	582,3	617,6	...
<b>Nach Warengruppen</b>										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	16,1	15,7	13,5	10,3	22,1	17,3	14,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	504,8	508,8	526,0	484,8	598,3	565,0	602,7	...
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	8,9	8,4	8,3	7,4	11,5	9,8	9,1	...
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	27,0	25,5	27,4	21,0	32,0	33,6	33,9	...
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	468,9	474,9	490,3	456,4	554,7	521,6	559,7	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	192,4	195,8	188,8	187,5	207,6	193,9	184,4	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	276,5	279,1	301,5	269,0	347,1	327,7	375,3	...
<b>Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern</b>										
* EWG - Länder	Mill. DM	88,3	203,5	202,0	210,2	199,4	252,4	229,5	232,7	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	18,5	35,5	34,2	34,1	37,5	41,8	35,8	42,4	...
Frankreich	Mill. DM	27,0	82,7	83,6	84,4	79,2	98,6	91,9	89,0	...
Italien	Mill. DM	20,0	42,9	42,1	44,6	43,4	54,3	53,5	52,7	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	42,4	42,1	47,1	39,1	57,6	48,4	48,6	...
* EFTA - Länder	Mill. DM	71,9	109,8	112,9	116,7	100,9	131,6	124,0	137,5	...
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,1	14,6	12,8	10,4	13,2	11,4	11,6	...
Großbritannien	Mill. DM	17,3	20,5	18,7	18,9	20,1	25,4	25,1	26,7	...
Österreich	Mill. DM	13,2	21,8	20,7	23,2	17,3	27,6	25,0	27,3	...
Schweden	Mill. DM	10,5	16,1	18,8	17,4	14,2	19,3	17,4	20,0	...
Schweiz	Mill. DM	17,8	28,8	28,5	29,9	28,7	33,4	33,9	38,9	...
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	32,5	36,4	32,1	26,9	39,1	40,4	35,4	...
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	26,8	22,8	25,3	25,2	16,8	17,2	21,7	...
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 806	20 273	19 147	16 881	22 307	21 576	19 879	15 936
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	37 773	43 002	40 738	36 094	43 300	50 553	43 618	40 326
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	98	96	97	97	99	98	100	101	99
* Umsätze	1962 = 100	122	143	154	206	134	177	176	228	147
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	212	263	361	197	258	289	391	226
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	127	124	156	127	147	139	171	128
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	114	133	167	217	115	190	187	232	133
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	122	143	166	233	121	185	193	267	148
Elektrotechn., feinmechanische und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	137	170	320	122	150	174	338	130
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	137	135	154	115	170	159	168	126
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	107	114	111	107	108	121	108	103	103
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	175	162	151	167	233	183	183	179
* Umsatz	1962 = 100	132	145	135	130	127	186	137	140	141
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	175	111	71	83	273	159	120	110
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	143	135	130	124	176	131	134	137

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969		1970				1971	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>Fremdenverkehr</b> in 241 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	206	215	131	90	101	307	128	96	...
* Auslandsgäste	1 000	41	50	15	11	13	42	16	13	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	767	792	468	347	367	946	471	365	...
* Auslandsgäste	1 000	81	114	32	26	28	90	34	30	...
Nach Gemeindegruppen										
Großstädte	1 000	82	87	68	52	61	114	71	53	...
Heilbäder	1 000	328	324	225	158	169	370	234	160	...
Luftkurorte	1 000	53	55	38	33	30	79	36	36	...
Erholungsorte 1)	1 000		114	28	27	25	95	30	31	...
Übrige Berichtsgemeinden	1 000	304	212	109	77	82	288	100	85	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Bundesbahn 2)</b>										
Zugkilometer	1 000	2 974	3 207	3 166	3 235	3 249	3 486	3 164	3 283	...
Wagenachskilometer	1 000	120 148	131 654	135 190	131 502	131 059	149 073	131 804	134 256	...
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 235	1 408	1 464	1 394	1 400	1 598	1 399	1 407	...
Nettotonnenkilometer	Mill.	347	429	496	422	422	514	447	408	...
Gestellte Güterwagen	Anzahl	71 436	65 200	73 348	57 773	53 699	81 766	73 240	61 976	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 078	2 811	2 515	2 002	3 803	3 176	3 109	1 799
* Gütereingang	1 000 t	1 356	1 541	1 364	1 376	866	1 757	1 709	1 515	994
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 537	1 447	1 139	1 136	2 046	1 467	1 594	805
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	4 056	4 388	3 499	3 587	3 946	3 606	3 048	3 796
Ladung	1 000 t	3 472	2 927	2 514	2 262	2 393	3 099	2 772	2 346	2 173
Auslastungsgrad 3)	%	82	81	63	71	74	86	83	85	62
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	4 358	4 616	3 898	3 961	4 393	3 831	3 574	4 128
Ladung	1 000 t	1 246	1 418	966	914	1 088	1 512	1 198	1 215	810
Auslastungsgrad 3)	%	77	77	56	63	67	82	77	80	58
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	9 887	8 910	8 593	8 352	11 398	10 252	9 848	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	32	29	9	10	18	44	21	14	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	6 846	7 861	7 865	7 598	7 411	9 924	9 133	8 883	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	592	599	476	554	824	632	587	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	521	392	476	321	540	422	335	...
Kraftfahrzeughänger	Anzahl	262	303	182	154	174	247	224	191	...
<b>Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen</b>										
Beförderte Personen	1 000	20 990	22 061	23 957	23 524	24 498	27 058	27 362	26 807	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	20 084	21 650	21 383	22 178	23 979	24 217	23 819	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	1 629	2 066	1 922	2 158	2 653	2 851	2 733	...
Berufsverkehr	1 000	576	623	654	655	755	748	745	753	...
Schülerverkehr	1 000	56	1 003	1 409	1 265	1 400	1 904	2 105	1 977	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	348	241	219	162	426	294	255	...
Ausflugsfahrten	1 000	92	87	56	61	30	93	74	52	...
Ferienziel-Reisen	1 000	1	1	1	0	1	1	-	1	...
Mietwagenverkehr	1 000	295	260	184	158	131	332	220	202	...
Wagenkilometer	1 000	8 951	10 223	9 616	9 060	9 579	11 910	10 688	10 135	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>	Anzahl	5 696	6 570	7 478	7 404	6 646	8 116	7 330	8 025	6 727
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 592	1 684	1 841	1 532	1 260	2 063	1 914	1 804	1 351
Unfälle mit nur Sachschaden bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 104	4 887	5 637	5 872	5 386	6 053	5 416	6 221	5 376
Beteiligten über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	3 508	4 156	4 770	5 019	4 592	4 979	4 436	5 214	4 494
* Getötete Personen	Anzahl	83	90	113	89	63	77	111	88	70
* Verletzte Personen	Anzahl	2 216	2 418	2 641	2 114	1 838	2 987	2 721	2 594	1 897
Schwerverletzte	Anzahl	741	832	861	710	542	994	950	904	618
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 953	36 745	45 390	36 485	40 004	40 364	45 448	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 124	1 237	1 800	980	1 299	1 259	1 699	...
Telegramme	1 000	86	61	51	64	52	59	52	57	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	882 250	890 869	1026 714	943 415	1115 482	1115 415	1277 361	...
Lastschriften	1 000 DM	772 416	881 000	875 181	1028 666	954 765	1139 002	1084 130	1283 798	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	12 770	14 245	12 777	15 327	15 549	12 610	14 502	...
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	12 286	15 612	14 717	10 163	18 381	16 582	20 834	...
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	997	1 079	1 086	1 087	1 090	1 101	1 103	1 103	...
Fernsehrundfunk	1 000	595	889	908	909	919	947	950	955	...

1) Anerkannte Erholungsorte und Gemeinden mit einer mittleren Aufenthaltsdauer von mindestens 5 Tagen. - 2) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 3) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe.

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969			1970				1971
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	17 732	16 968	17 732	17 926	19 411	19 552	19 655	19 788
* Kurzfristige Kredite 2) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 917	4 474	4 306	4 474	4 570	4 909	4 904	5 095	5 096
* Mittelfristige Kredite 3) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 398	4 252	4 398	4 504	4 804	4 797	4 969	4 964
* Langfristige Kredite 4) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 294	1 851	1 718	1 851	1 879	2 092	2 120	2 176	2 207
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	1 188	1 713	1 587	1 713	1 731	1 959	1 992	2 035	2 062
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3	6	0	6	6	10	10	8	8
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	5 826	11 406	10 944	11 406	11 477	12 411	12 528	12 384	12 485
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	4 461	9 215	8 768	9 215	9 260	9 955	10 033	9 876	9 938
	Mill. DM	372	1 618	1 610	1 618	1 602	1 625	1 630	1 626	1 630
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	8 531 <sup>6)</sup>	15 844	15 461	15 844	15 902	17 054	17 377	17 800	18 187
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 028	4 963	5 028	5 003	5 737	5 980	5 898	6 162
* Spareinlagen bei Sparkassen	Mill. DM	2 258	4 018	4 039	4 018	4 031	4 612	4 834	4 824	5 053
* Guthabenschriften auf Sparkonten	Mill. DM	5 588	9 433	9 117	9 433	9 514	9 908	9 985	10 493	10 610
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 771	6 081	5 873	6 081	6 130	6 346	6 388	6 706	6 767
* Zinsguthabenschriften	Mill. DM	301	476	422	595	697	502	542	656	759
	Mill. DM	246	425	400	628	617	460	469	653	660
	Mill. DM	15	31	1	348	12	1	1	504	14
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse	Anzahl	11	14	14	21	19	10	18	23	18
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	-	1	1	3	3	2	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 848	1 509	1 581	1 579	1 762	1 796	1 722	1 536
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 286	2 752	3 249	4 056	4 040	3 702	3 939	3 279
Steuern										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	346 816	270 339	589 472	366 313	331 168	303 000	895 467	396 436
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	206 560	126 926	426 613	200 364	169 209	155 297	701 138 <sup>8)</sup>	214 820
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	96 178	118 347	143 721	165 350	148 863	145 058	383 407	186 389
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	66 982	3 722	175 773	10 315	12 594	8 244	182 825	21 549
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	7 437	1 624	1 901	1 005	1 485	1 669	2 780 <sup>8)</sup>	1 648
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	35 963	3 233	105 218	23 694	6 267	326	132 126	5 234
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 256	143 413	162 859	165 949	161 959	147 703	194 329	181 616
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	109 103	115 710	113 258	143 600	118 121	123 031	129 095	157 090
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	31 153	27 703	49 601	22 349	43 838	24 672	65 234	24 526
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	69 028	71 120	104 473	55 003	92 241	75 463	126 580	59 007
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 176	17 868	19 838	6 423	9 735	6 495	15 596	5 166
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	50 732	47 474	72 659	41 547	77 376	63 647	99 268	47 903
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	7 803	8 558	10 552	4 976	35 697	28 915	38 865	12 947
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	21 886	16 374	25 895	12 482	19 064	16 516	23 859	13 467
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 888	8 617	9 710	15 076	8 218	7 896	10 708	14 560
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	34 610	46 947	31 770	28 855	34 041	52 186	35 482	33 554
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	7 760	21 159	2 161	1 838	2 439	24 715	4 285	2 533
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	17 854	16 667	19 938	18 751	20 864	17 958	21 250	20 808
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 625	5 672	5 143	5 472	6 150	5 273	5 362	6 129
* Gemeindesteuern <sup>5)</sup>	1 000 DM	171 391	241 065	.	317 286	.	.	.	203 879	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	174 627	.	254 246	.	.	.	136 735	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	10 629	.	10 995	.	.	.	13 327	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 685	.	9 179	.	.	.	8 463	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	27 820	.	24 730	.	.	.	25 811	.
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669	278 193	255 679	414 972	259 052	304 417	250 039	599 568	281 177
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	172 261	132 727	310 743	202 129	215 512	210 206	363 348	205 584
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	134 264	82 502	277 299	87 885	73 303	66 917	310 933 <sup>8)</sup>	92 854
* Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>7)</sup>	1 000 DM	-	-	-	-	85 388	82 666	86 836	- 9 092	76 992
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	-	-	-	-	25 502	4 267	26 025	2 185
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	241 065	.	317 286	.	.	.	255 509	.
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	-	.	-	.	.	.	162 915	.

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute und einschl. Bausparkassen. - 2) Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 4) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 5) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 6) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 7) Ohne aufgenommene Kredite. - 8) Einschl. der auf Grund des vorläufigen Umsatzsteuerausgleichs zwischen den Ländern vereinnahmten Beträge. - 9) Einschl. Zerlegung.

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969			1970				1971
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	228	.	.	240	274	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	201	249	.	.	265	300	.	.	...
Facharbeiter	DM	213	264	.	.	283	320	.	.	...
Angelernte Arbeiter	DM	199	244	.	.	259	291	.	.	...
Hilfsarbeiter	DM	169	207	.	.	214	250	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	123	152	.	.	161	177	.	.	...
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,09	.	.	5,46	6,13	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	5,42	.	.	5,88	6,56	.	.	...
Facharbeiter	DM	4,63	5,76	.	.	6,27	6,98	.	.	...
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	5,31	.	.	5,72	6,36	.	.	...
Hilfsarbeiter	DM	3,73	4,52	.	.	4,80	5,48	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	3,67	.	.	3,96	4,36	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,7	.	.	44,1	44,7	.	.	...
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,7	.	.	45,1	45,8	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,3	.	.	40,8	40,7	.	.	...
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	41,1	.	.	39,4	40,9	.	.	...
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	42,1	.	.	40,3	41,9	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	37,6	.	.	36,3	37,3	.	.	...
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	970	1 234	.	.	1 305	1 443	.	.	...
Kaufmännische Angestellte	DM	876	1 116	.	.	1 183	1 295	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	1 057	1 358	.	.	1 444	1 568	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	674	849	.	.	901	1 000	.	.	...
Technische Angestellte	DM	1 140	1 434	.	.	1 508	1 686	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	1 172	1 476	.	.	1 555	1 739	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	783	983	.	.	1 027	1 158	.	.	...
im Handel, Kredit- und Versicherungen	DM	651	839	.	.	906	954	.	.	...
Kaufmännische Angestellte	DM	646	835	.	.	901	948	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	852	1 093	.	.	1 183	1 259	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	513	655	.	.	706	742	.	.	...
in Industrie und Handel zusammen	DM	817	1 048	.	.	1 119	1 214	.	.	...
Kaufmännische Angestellte	DM	742	952	.	.	1 021	1 094	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	952	1 220	.	.	1 310	1 409	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	570	727	.	.	779	837	.	.	...
Technische Angestellte	DM	1 124	1 415	.	.	1 486	1 659	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	1 156	1 459	.	.	1 536	1 716	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	769	959	.	.	996	1 118	.	.	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup>										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 094	1 111	1 097	1 105	1 125	1 125	1 105	1 113
Pflichtmitglieder	1 000	671	656	670	658	669	679	679	662	670
Rentner	1 000	241	342	345	346	347	352	353	353	356
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	4,9	8,1	7,1	5,1	4,7	4,5	5,3
Männer	%	4,9	5,2	5,0	8,2	7,1	5,2	4,8	4,7	5,4
Frauen	%	4,8	5,1	4,8	8,0	7,3	5,0	4,5	4,1	5,1
Arbeiterrentenversicherung <sup>2)</sup>										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	359 232	363 452	364 746	364 846	372 919	376 261	376 072	377 029
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	58 446	92 565	94 046	94 414	99 048	105 403	106 785	105 406	110 548
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	8 575	3 645	8 429	20 821	3 781	3 938	6 185	17 929
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 236	2 846	7 602	19 924	3 222	3 393	5 581	17 289
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 684	1 091	4 628	5 843	2 362	1 965	4 671	4 535
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 314	958	4 329	5 721	2 115	1 750	4 359	4 425
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	164	.	162	.	.	.	159	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	26 846	29 050	29 273	28 641	28 661	34 049	34 046	34 034	35 140

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	60 848	61 142	61 194	61 195	...	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 215 <sup>p</sup>	37 896 <sup>r</sup>	30 519 <sup>r</sup>	33 381	35 749	39 946	30 293	35 429
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	75 288 <sup>p</sup>	69 630 <sup>r</sup>	65 323 <sup>r</sup>	67 722	62 356 <sup>r</sup>	61 298	62 572	69 311
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	61 030 <sup>p</sup>	58 739 <sup>r</sup>	59 203 <sup>r</sup>	86 795	54 982 <sup>r</sup>	59 847	59 936	63 053
Geburtenüberschuß	Anzahl	30 558	13 258 <sup>p</sup>	10 891 <sup>r</sup>	6 120 <sup>r</sup>	19 073	7 374 <sup>r</sup>	1 451	2 636	6 258
Arbeitslose	1 000	147	179	108	119	192	97	111	129	175
Männer	1 000	106	125	61	67	132	49	54	64	98
<b>Landwirtschaft</b>										
Schweinebestand	1 000	17 723	19 323	.	.	19 323	21 597	.	.	20 915 <sup>p</sup>
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	280	301	281	310	299	310	311	312 <sup>p</sup>
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 846	1 640	1 567	1 624	1 634	1 565	1 491	1 654 <sup>p</sup>
<b>Industrie und Energiewirtschaft</b>										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 308	8 475	8 502	8 479	8 685	8 686	8 683	8 618 <sup>p</sup>
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	996	1 110	1 036	987	1 043	1 086	1 048	1 007 <sup>p</sup>
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	39 211	45 758	42 457	42 897	47 888	48 610	46 808	47 862 <sup>p</sup>
Auslandsumsatz	Mill. DM	4 903	7 747	8 597	7 970	8 947	9 127	9 044	8 934	9 819 <sup>p</sup>
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	148	156	171	156	157	164	171	157 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	149	156	172	159	157	164	172	159 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	148	155	171	156	156	163	170	156 <sup>p</sup>
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	175	179	203	219	173	200	218	226 <sup>p</sup>
Bergbau	1962 = 100	100	97	98	104	102	95	100	106	101 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	152	159	176	160	160	167	174	160 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüter	1962 = 100	125	170	179	188	167	180	182	183	165 <sup>p</sup>
Investitionsgüter	1962 = 100	118	147	152	175	167	158	166	177	168 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	144	154	171	149	150	157	165	147 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	134	144	156	138	137	149	156	141 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	128	146	151	89	158	158	159	121 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 302	10 026	8 839	9 185	9 327	9 718	9 541	9 333
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 952	9 619	9 344	9 783	8 715	9 408	9 066	9 148
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 814	3 021	2 949	2 755	2 739	2 788	2 598	2 354
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 714	4 017	3 896	3 554	3 559	3 589	3 393	3 063
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 687	2 995	2 783	2 561	2 683	2 577	2 339	2 212
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	18 837	20 497	20 917	22 533	18 973	21 896	22 059 <sup>p</sup>	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm <sup>3</sup>	4 980	6 147	6 477	6 708	7 425	6 222	6 715	6 848 <sup>p</sup>	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 505	1 535	1 514	1 473	1 582	1 565	1 550	1 515
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	203	255	217	133	250	251	231	190
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	3 563	4 639	4 740	6 337	5 330	5 701	6 061	8 159
Baugenehmigungen Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	56 770	48 538	40 717	58 408	57 092	...	...
<b>Handel</b>										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	152	168	172	219	...	...	...	...
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	145	166	154	166	169	170	164 <sup>r</sup>	168
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	129	135	120	118	...	...	...	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	8 167	9 520	8 153	8 316	9 202	9 845	9 737	9 884
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	9 463	10 972	9 599	10 329	10 561	11 553	10 414	12 584
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 296	1 452	1 445	2 013	1 359	1 709	677	2 701

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
<b>Verkehr</b>										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	118	142	126	116	134	136	...	...
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	136	126	125	108	154	153	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	146	153	157	154	164	...	...	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	85	86	89	85	95	89	...	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	89	96	96	93	97	100	102	...
<b>Geld und Kredit</b>										
(Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	29 652	34 689	33 987	35 333	34 689	35 598	35 570	36 678	36 889 <sup>p</sup>
Kredite und Einlagen 2)										
Kredite an Nichtbanken 3)	Mill. DM	316 728	491 247	469 642	479 765	491 247	523 968	526 304	532 097	543 113 <sup>p</sup>
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	71 093	108 203	98 097	103 195	108 203	114 792	113 885	114 707	119 574 <sup>p</sup>
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	245 635	383 044	371 545	376 570	383 044	409 176	412 419	417 390	423 539 <sup>p</sup>
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	26 007	34 099	33 654	33 933	34 099	35 381	35 635	36 071	36 628 <sup>p</sup>
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken										
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	405 917	392 164	394 186	405 917	419 900	423 529 <sup>r</sup>	430 923	447 056 <sup>p</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	181 369	175 283	176 764	181 369	186 382	188 414 <sup>r</sup>	194 471	197 294 <sup>p</sup>
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	144,4	151,9	160,6	155,7	126,3	124,9	121,8	119,8
<b>Steuern</b>										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	4 721	3 271	3 249	10 075	8 682	3 779	3 518	10 020
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 063	3 308	3 780	3 168	2 943	3 187	3 632	3 579
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 171	2 241	2 214	3 500	2 426	2 234	2 374	3 512
Landessteuern	Mill. DM	546	720	622	1 032	576	636	653	1 177	655
<b>Preise</b>										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	107,2	102,6	106,4	107,8	109,1	99,1 <sup>p</sup>	97,3 <sup>p</sup>	95,8 <sup>p</sup>	95,4 <sup>p</sup>
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel 4) 5)	1962/63=100	104,4	102,4	104,0	104,8	105,1	109,1	108,5	108,9	109,5
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	104,0	101,5	103,3	103,9	104,3	108,0	108,5	109,1	109,6
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	114,6	127,2	.	132,6	.	.	.	151,8	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	97,5	100,5	.	103,7	.	.	.	118,1	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938 = 100	215,8	236,3	237,2	237,8	238,8	245,1	245,9	247,1	247,9
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1958 = 100	117,5	128,7	129,2	129,6	130,1	133,5	134,0	134,6	135,1
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1962 = 100	109,0	119,3	119,8	120,1	120,6	123,8	124,2	124,8	125,2
Preisindex für die Lebenshaltung 9)	1962 = 100	108,7	119,5	119,9	120,4	121,0	124,1	124,7	125,3	125,8
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	114,1	114,0	114,3	115,0	116,6	116,7	117,1	117,4
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	111,3	111,9	112,3	112,6	116,7	117,5	118,2	118,4
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	156,6	158,2	158,7	158,8	164,7	165,6	166,5	166,8
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	118,7	122,7	124,4	124,8	129,3	130,8	131,7	132,6
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	109,1	109,0	110,1	111,1	113,9	114,9	116,1	116,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	1962 = 100	105,2	115,3	115,0	115,1	115,8	118,7	119,0	119,3	120,9
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	133,3	134,2	134,7	135,3	142,0	142,4	143,5	144,0
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	123,1	124,0	124,2	124,7	129,8	130,5	131,9	132,2
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	116,4	117,8	117,9	118,0	121,4	121,5	121,7	121,8
<b>Löhne</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	157,2	168,2	.	.	.	189,8	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	161,7	170,4	.	.	.	189,5	.	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	159,3	168,8	.	.	.	191,7	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	163,5	171,3	.	.	.	192,3	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,6	99,7	.	.	.	99,7	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,7	99,2	.	.	.	98,2	.	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahrig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.

# Inhalt

## Themen der letzten 12 Hefte

### Heft 3/März 1970

Öffentlich Bedienstete 1969  
Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1969  
Investitionen 1968  
Bauwirtschaft 1968  
Binnenschifffahrt 1965 bis 1969

### Heft 4/April 1970

Steuereinnahmen 1969  
Industrie 1969  
Leistungskraft der neuen Kreise  
Erwerbstätigkeit 1969  
Ausfuhr 1969

### Heft 5/Mai 1970

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970  
Sozialprodukt 1969  
Gebäude und Wohnungen 1968  
Handwerk in den neuen Kreisen 1962 bis 1969  
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1969  
Milch, Fleisch und Eier 1969

### Heft 6/Juni 1970

Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte 1969  
Sozialhilfe 1969  
Öffentlich Bedienstete 1969  
Gebäude, Wohnungen und Wohnparteien 1968  
Personenverkehr 1969  
Straßenverkehrsunfälle 1969

### Heft 7/Juli 1970

Volksschulen 1969/70  
Kriegsopferfürsorge 1969  
Einzelhandel 1969  
Schlacht- und Fleischschau 1969  
Milchkuhhaltung 1969

### Heft 8/August 1970

Ernteaussichten 1970  
Schweinehaltung 1969  
Hochbautätigkeit 1969  
Sozialer Wohnungsbau 1969  
Tiefbauaufträge 1969  
Öffentliche Jugendhilfe 1969

### Heft 9/September 1970

Handel und Gastgewerbe 1968  
Industrie Rheinland-Pfalz/Bund  
Baulandmarkt 1969  
Sozialhilfeempfänger 1969  
Zuchtsauenhaltung 1969

### Heft 10/Okttober 1970

Industrie in den neuen Kreisen  
Wohngeldgewährung 1969  
Wanderungen 1969  
Bevölkerungsbewegung 1969  
Legehennenhaltung 1969

### Heft 11/November 1970

Erbschaftsbesteuerung 1967–1969  
Bauhauptgewerbe in den neuen Kreisen  
Bodennutzung 1970  
Straßenverkehrsunfälle 1969 – Ursachen und Orte

## **Heft 12/Dezember 1970**

Rheinland-Pfalz 1970

Kleine Kommunalwahl am 8. 11. 1970

Wohnungsmieten 1968

Spar- und Vermögensformen 1970

## **Heft 1/Januar 1971**

Feldfrüchte und Futterpflanzen 1970

Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1970

Kriegsopferfürsorge 1969

Sterbefälle und Todesursachen 1969

Wohnungsausstattung 1968

Unterbringung ausländischer Arbeitnehmer 1968

## **Heft 2/Februar 1971**

Sozialprodukt 1970

Öffentlich Bedienstete 1970

Wein, Obst und Gemüse 1970

Investitionen 1969

Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte 1969

Lohnsteuerpflichtige 1968

## **Themen der folgenden Hefte**

Landtagswahl 1971

Erwerbstätigkeit 1970

Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1970

Schlepper und Mähdrescher 1970

Industrie 1970

Ausfuhr 1970

Fremdenverkehr 1970

Wohnverhältnisse junger Ehepaare 1968

Wohnverhältnisse kinderreicher Familien 1968

Vermögensmillionäre 1969

## **Ausfuhr 1970**

Der Gesamtwert der rheinland-pfälzischen Ausfuhr erhöhte sich im vergangenen Jahr um 8,7% auf 6,8 Mrd. DM, während sich die Zuwachsraten der vorausgegangenen vier Jahre noch zwischen + 13,6 und + 26,2% bewegt hatten. Damit wirkte sich die D-Mark-Aufwertung erst 1970 verstärkt auf das Exportergebnis der rheinland-pfälzischen Wirtschaft aus. Dies traf aber nicht für die Ernährungswirtschaft, sondern nur für die gewerbliche Wirtschaft zu, wo sich insbesondere der Auslandsabsatz an Rohstoffen und Fertigwaren um 8,6 bzw. 8,4% erhöhte, gegenüber Zuwachsraten von + 12,0 und + 18,6% im Jahre 1969. Die stärkste Erhöhung wies bei den Fertigwaren wieder der Export von Enderzeugnissen auf, die sich mit + 12,9% aber ebenfalls erheblich unter den Zuwachsraten der vorausgegangenen vier Jahre hielt.

## **Schlachtungen 1970**

Die Zahl der Rinderschlachtungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um annähernd 13 000 (+ 5,6%) auf 242 400. An Kälbern wurden dagegen mit rund 24 000 gut 6 300 Tiere weniger geschlachtet (— 20,8%). Ebenso blieben die Schweineschlachtungen mit 1,197 Mill. unter Vorjahreshöhe. Der Rückgang betrug hier 26 500 oder 2,2%. Das Schlachtgewicht der Rinder belief sich im Jahresmittel auf 277 kg, das der Kälber auf 77 kg. Das sind 3 bzw. 6 kg mehr als im Vorjahr. Bei den Schweinen blieb das durchschnittliche Schlachtgewicht mit 82 kg unverändert. Den vermehrten Rinderschlachtungen zufolge wurde mit 167 930 t eine um 1,2% größere Schlachtmenge erzielt.

## **Berichtigung**

In Heft 12/Dezember 1970 der Statistischen Monatshefte ist uns auf Seite 275 ein Fehler unterlaufen. In der dort abgedruckten Textübersicht muß der Insgeamt-Wert in der Spalte „öffentlich gefördert - 1958 oder später“ nicht 32 084 und 2,31, sondern 47 953 und 2,29 heißen. Wir bitten um entsprechende Korrektur.

# AUSZUG AUS DEN VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

## Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

## Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170, 193	Bevölkerungsentwicklung 1951 - '58, '59, '60, '61, '62, 1963 - '65, 1966 - '67
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

## Unterricht und Bildung, Rechtspflege

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 5 Reihen	

## Wahlen

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152, 203	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965, 1969
" .., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" .., 24, 46, 87, 142, 195	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964, 1969
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 4 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

## Landwirtschaft

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70, 82, 92,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182, 192, 205	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93, 104, 133,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 140, 149, 159, 168, 185, 196, 206	1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
Statistische Berichte: 23 Reihen	

## Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184, 197	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

\*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

## noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963
" 190, 198	Straßenverkehrsunfälle 1967, 1968

Statistische Berichte: 15 Reihen

## Bau- und Wohnungswesen

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98, 107	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960.
" 134, 144, 151, 161, 176, 187, 201	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 158, 174, 183, 194, 200	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 6 Reihen

## Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

## Öffentliche Sozialleistungen

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106, 127,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 145, 153, 166, 180, 189, 199	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968

## Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178, 202	1961, 1962, 1964, 1966, 1968
" 101	Gewerbesteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

## Preise, Löhne und Gehälter

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147, 207	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962, 1966
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

## Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966,
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

## Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967  
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957  
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966, 1969  
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.